

Sozialdemokratischer Zentralrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 8 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck u. Verlagsanstalt: Drag II, Refikants 18 • Tel. Nr.: 20703, 31400, Nachdruck (ab 21 Uhr): 33536 • Dofkredam: 37346

13. Jahrgang.

Samstag, 20 Mai 1933

Nr. 118.

An die Werber!

Besuchet alle jene, die im Werbeverzeichnis stehen! Ueberzeugt den Werbenden von der Notwendigkeit die sozialdemokratische Presse zu lesen! Gute Arbeit verspricht guten Erfolg!

Der Dank an die Reichstagsfraktion:

33 und Arbeiterturner in Oldenburg verboten...

Berlin, 19. Mai. Das Oldenburgische Staatsministerium hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat auf dem Gebiete von Oldenburg sämtliche sozialdemokratischen Jugend-, Wander- und Turnverbände aufgehoben und verboten, desgleichen auch die Arbeiter-Sportverbände und das Landeslariell für Arbeitersport. Aufgehoben wurden auch sämtliche Wibelsohrer-Vereinigungen. Das Vermögen dieser Vereinigungen wurde beschlagnahmt und polizeilich sichergestellt.

Nervenzusammenbruch Severings.

Bielefeld, 19. Mai. Der frühere Innenminister Severing hatte auf der Fahrt von Bielefeld nach Berlin zur Reichstags-Sitzung in Bad Dribenhausen in der Eisenbahn einen Nervenzusammenbruch erlitten. Er wurde in ein Dahnhanfener Sanatorium gebracht, wo er wahrscheinlich längere Zeit bleiben muß.

Auf der Flucht erschossen...

München, 19. Mai. Der im Konzentrationslager in Dachau untergebrachte Schutzgefangene Hausmann, der bei Außenarbeiten beschäftigt war, versuchte heute zu fliehen. Hausmann blieb trotz wiederholten Anrufes des Wachpostens nicht stehen. Der Posten feuerte daraufhin und traf den Flüchtling tödlich.

Saargebiet schützt sich gegen Nazi-Terror.

Saarbrücken, 19. Mai. Im Landesrat wurden heute die Verordnungen der Regierungskommission zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Saargebiet verabschiedet. Der erste Entwurf enthält folgenden Inhalt: Alle öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzüge sind zu verbieten und aufzulösen, Parteien, deren Mitglieder gegen diese Verordnung verstoßen, sind aufzulösen, Plakate und Flugblätter zu verbieten und die Zeitungen bis zu sechs Monaten zu unterdrücken. Nach der zweiten Vorlage kann die Regierungskommission den Bürgermeistern die Polizeigewalt bei gegebenem Anlaß entziehen und auf sich selbst übertragen. Die dritte Verordnung räumt dem Mitglied der Regierungskommission eine absolute Gewalt über jeden Polizeibeamten ein. Sämtliche bürgerlichen Parteien lehnen die Verordnungen einstimmig ab, weil die Voraussetzungen für derartige einschneidende Maßnahmen nicht gegeben seien. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes, Braun, erklärte für seine Partei, daß die Verordnungen notwendig seien, um den freien Willen der Saarbevölkerung gegen den von Deutschland und den Anhängern der nationalen Bewegung ausgehenden Terror zu schützen.

Genfer Erwartungen „teilweise enttäuscht“.

Nadolny überzeugt nicht von der Aufrichtigkeit Hitlers.

Genf, 19. Mai. (Tsch. P.-B.) Die Weiterarbeiten des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz wurden heute in Genf in einer Stimmung aufgenommen, die sich aus der Erwartung von Änderungen in der deutschen Politik ergab. Die Kundgebung des deutschen Delegierten, Vorschafers Nadolny, hat aber diese Erwartungen teilweise enttäuscht, denn der deutsche Vertreter war in seinen Ausführungen sehr vorsichtig und ließ für Deutschland alle Türen zur Rückkehr zur ehemaligen Unangenehmigkeit offen. Die deutsche Delegation zog ihre Änderungsanträge zum englischen Abrüstungsplan bloß indirekt zurück, und zwar dadurch, daß sie den englischen Antrag nicht als bloßen Ausgangspunkt für weitere Beratungen, sondern als Grundlage des künftigen Abkommens akzeptierte. Außerdem gedenkt die deutsche Delegation neue Zusatzanträge zu stellen, zumal die alten Zusatzanträge, die die Hauptursache der kürzlichen Schwierigkeiten waren, nicht mehr existieren. Vorschafers Nadolny aber sagte nichts Bestimmtes und berief sich bloß auf die Kundgebung des Reichskanzlers Hitler im Reichstage. Darum muß abgewartet werden, welchen Standpunkt die deutsche Delegation bei den nächsten Beratungen des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz zu den einzelnen Fragen einnehmen wird, vor allem was die Bedingungen der Vereinheitlichung der europäischen Armeestypen, weiter die Kontrolle und das Kriegsmaterial betrifft. Bei der Beratung über die konkreten Fragen, gegen die Deutschland kürzlich in privaten Besprechungen des Vorschafers Nadolny mit dem englischen Delegierten Eden sein Veto eingelegt hat, wird man erkennen, wie weit die Aufrichtigkeit der deutschen Regierung reicht, wenn es gilt, zu einem endgültigen Abrüstungsabkommen zu gelangen.

Masaryk an Roosevelt.

Prag, 19. Mai. Der Präsident der Republik sandte dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt eine positive Antwort auf dessen Friedensbotschaft an die Staatsoberhäupter. Die Depesche lautet:

„Ich begrüße persönlich Ihre Anregung, welche mit sehr guten Argumenten die Notwendigkeit des allgemeinen Friedens vertritt und verteidigt und so nachdrücklich gegen das wirtschaftliche Chaos ankämpft. Der Präsident der größten Republik hat das Recht und gestatten Sie mir, es zu sagen, auch die Pflicht, zu uns allen so entschlossene Worte zu sprechen. Unsere Regierung arbeitet ständig in Ihren Intentionen. Ihren Schritten wünsche ich den größten Erfolg. Ich bin überzeugt, daß die denkenden Bürger aller Völker, welche den Krieg durchgemacht haben, sich Ihnen in Ihrem Bestreben anschließen werden; es ist wirklich an der Zeit, eine vernünftige und ehrliche Politik zu machen. T. G. Masaryk.“

Die Antwort Kailins.

Moskau, 19. Mai. In seiner Antwort an Roosevelt erklärt der Präsident der Sowjetunion Kailin, er sei überzeugt, daß der Appell des amerikanischen Präsidenten unter den Völkern der Sowjetunion den wärmsten Widerhall finden werde. Die Sowjetunion werde mit denjenigen Regierungen, die an der Vertiefung des militärischen und wirtschaftlichen Friedens interessiert seien, stets bereitwillig zusammenarbeiten.

Der Kleriko-Fascismus in Oesterreich.

Verschärftes Versammlungsverbot. — Flaggenverbot. K. k. Militarismus.

Wien, 19. Mai. (Eigenbericht.) Im heutigen Ministerrat, der bis in die Nachtstunden tagen dürfte, werden wichtige Beschlüsse gefaßt werden. Vor allem soll eine neuerliche Verschärfung des Versammlungsverbotes durchgeführt werden: es werden Strafen von sechs Monaten Kerker gegen alle verhängt werden, die sich an Versammlungen beteiligen! Außerdem soll heute ein Flaggenverbot erlassen werden, durch das Führung von roten Fahnen und von Falkenkreuzfahnen in Oesterreich untersagt wird. Ein beabsichtigtes Verbot der Drei Pfeile soll die Regierung vorläufig noch zurückgestellt haben.

Bezeichnend für den Geist der Regierung Dörfner, die immer weiter in die Vorkriegszeit zurückführt, ist eine Rede des Heeresministers Laugoin, in der er heute ausdrücklich antündigt, bei der nächsten Parade werde das österreichische Bundesheer bereits mit allen Disziplinierungen des Vorkriegsheeres und mit den aus dieser Zeit stammenden Uniformstücken angetan sein werden.

Furchtbare Schlacht.

Chinesischer Verlust: 10.000.

Nanking, 19. Mai. (Neuer.) Wie verlautet, sollen die Japaner sich Peking nähern. Die Zahl der an der Front von Kupeikau getöteten und verwundeten Chinesen soll 10.000 übersteigen.

Belgien schränkt Ausgaben ein

Brüssel, 19. Mai. (Tschl. P.-B.) Die Regierung, der bekanntlich das Parlament eine Ermächtigung zu außerordentlichen finanziellen Maßnahmen erteilt hat, hat gestern die erste Reihe dieser Maßnahmen ergriffen: sie erhöhte in bedeutendem Maße die Geld- und Gefängnisstrafen für Steuerbetrüger, senkte um 20 Prozent sämtliche staatlichen Unterstützungen und Subventionen, senkte

um 10 Prozent den Gesamtaufwand für Amtseisen und für den Materialeinkauf für staatliche Behörden und ordnete schließlich eine scharfe Kontrolle der unterstützten Arbeitslosen an. Für die nächsten Tage bereitet die Regierung weitere Sparmaßnahmen, neue Steuerzuschläge, Erhöhung der Aufenthaltsgeldern und Pauschalgebühren und namentlich eine bedeutende Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung vor.

Wenig, aber erfreulich!

Paris, 19. Mai. (Havas.) Der Senat genehmigte heute die Änderungsanträge, mit welchen die Zustimmung zur 5prozentigen Herabsetzung einiger Staatsausgaben abgelehnt wird. Es handelt sich hauptsächlich um Budgetposten für militärische Instruktionsabteilungen zur Beschaffung von neuem Militärmaterial und um einige Posten im Kriegsmarinebudget.

Schlagt sie nicht!

Einiges über Deutschland.

Von Friedrich Stampfer.

Rachdruck erlaubt und erwünscht.

Am 17. Mai habe ich das Reichstagsgebäude, Berlin und Deutschland verlassen, nachdem ich herausgestellt hatte, daß der Beschluß der Fraktion, in die Skofflager zu gehen, nicht mehr zu verhindern war. Ich habe mit denen, die diesen Beschluß befürworteten, leidenschaftlich gerungen. Das hindert mich nicht — es verpflichtet mich sogar, die Welt draußen, die gar keine Vorstellung von den Zusammenhängen haben kann, vor einer vorhastigen Beurteilung des Geschehenen zu warnen.

Zwischen den Menschen in Deutschland und denen draußen ist ein Verstehen kaum noch möglich. Wer nicht erfahren hat, was es bedeutet, im Dritten Reich als Marxist zu leben, kann nicht urteilen und soll nicht verurteilen.

Wenn Sozialdemokraten in die Skofflager gingen, um bei einer Rede Hitlers die Stimmen Statisten zu spielen, so ist das unter Normalverhältnissen etwas völlig Unvorstellbares. Aber nicht nur die Verhältnisse sind in Deutschland nicht normal — auch die Menschen dürfen nicht mit Maßstäben gemessen werden, die anderswo die selbstverständlich gegebenen sind.

Wer seit Monaten alle paar Tage in einer anderen fremden Wohnung schläft, um seinen Verfolgern zu entgehen, wer seit Monaten bei Tag und Nacht gewärtig ist, in eine Folterkammer geschleppt und mißhandelt zu werden, wer im Krankenhaus liegt und seine unpolitische Frau — bloß weil sie die Frau eines Sozialdemokraten ist — im Gefängnis weiß, wer sich vergeblich den Kopf darüber zerbricht, wie er seinen Kindern noch Brot schaffen kann, weil ihm nach bewundernswürdiger gründlichen Methoden alle Erwerbsmöglichkeiten gesperrt werden — den darf man eben nicht mehr mit Maßstäben messen, die man an die Bürger eines Rechtsstaates anzulegen berechtigt ist.

An den Fraktions-Sitzungen vom 16. und 17. Mai hat wenig mehr als die Hälfte der Mitglieder teilgenommen. Von den Fehlenden besaß sich ein Teil im Gefängnis, einer hatte kurz zuvor Selbstmord begangen, viele waren krank, andere wieder waren nicht gekommen, weil sie sofort festgenommen worden wären, andere wieder deshalb nicht, weil sie von vornherein entschlossen waren, fortzubleiben. Wie es scheint, hat sich eine Widerfront, die in der Fraktion die Beteiligung an der Reichstags-Sitzung bekämpft hatte, nach juristischem seelischen Kampf der Fraktionsdisziplin gefügt.

Bis zum Mittag des 17. Mai war man ziemlich allgemein der Meinung gewesen, daß man in der Reichstags-Sitzung eine eigene Erklärung abgeben müsse, in der man der Forderung nach Abrüstung und Gleichberechtigung für Deutschland zustimmte, im übrigen aber sich von der Regierung und ihrer gesamten Politik distanzierte. Nur darüber, wie die beiden Teile der Erklärung gegeneinander abgewogen werden müßten, schienen die Ansichten geteilt. Nach der Sitzung des Reichstages um ein Uhr mittag war die Lage völlig geändert. Man mußte jetzt, was übrigens nicht schwer voraussetzen war, daß die Regierung eine sozialdemokratische Erklärung mit allen Mitteln der Gewalt verhindern würde und daß sie ebenso entschlossen war, mit allen Mitteln der Gewalt gegen diejenigen Abgeordneten vorzugehen, die sich der Zustimmung zum Resolutionsantrag der bürgerlichen Parteien auf irgendeine Weise entzogen. Das sichtbare und fühlbare Rahen einer neuen Terrorwelle gab schließlich für die Entscheidung den Ausschlag.

Gerich, die Fraktion konnte fernbleiben und dieses Fernbleiben mit durchschlagenden Argumenten begründen. Sie konnte sagen,

daß sie für die Gleichberechtigung des deutschen Volkes erfolgreich gewirkt hat, noch ehe es Nationalsozialisten gab. Sie konnte sagen, daß die Politik des Nationalsozialismus nicht ein Dienst an der Nation, sondern ein Verbrechen an ihr ist. Sie konnte sagen, daß es ihr unmöglich sei, sich auch nur außenpolitisch mit einer Regierung zu solidarisiert, unter deren Herrschaft Frauen geschlagen werden. Sie konnte das alles sagen — theoretisch — aber praktisch sagen konnte sie es nicht, weil sich kein Mann in Deutschland bereit gefunden hätte, den Inhalt einer solchen Erklärung auch nur vorläufig anzudeuten. Da ihr jede Möglichkeit fehlte, vor dem deutschen Volke die Gründe ihres Fernbleibens klarzulegen, mußte sie darauf gefaßt sein, des Landesverrates geziehen und unter dem Veilfall großer Teile des Volkes wegen dieses angeblichen Landesverrates zu Tode gehen zu werden.

Die Mehrheit der Fraktion hat einen Weg gesucht, dem deutschen Volke durch ein Zeichen — denn sprechen konnte sie ja nicht — verstehen zu geben, daß jeder Zweifel an ihrem ehelichen Willen, der Nation zu dienen, ungerecht sei. Sie hat dabei nach der Ueber-

zeugung vieler deutscher Sozialdemokraten und wohl aller Sozialisten der übrigen Welt einen falschen Weg gewählt, denn der deutschen Nation kann man nur dienen, indem man das gegenwärtige Regime in Deutschland bekämpft. Im übrigen trifft der Beschluß des Büros der Sozialistischen Arbeiter-Internationale das Richtige, wenn er den Entschluß der Fraktion damit erklärt, daß in Deutschland nicht bloß Körper mißhandelt, sondern auch Gewissen vergeblich werden.

Für Frau eines bekannten deutschen Sozialdemokraten sagte jüngst ihr und sein neunjähriges Kind: „Mutter, weine doch nicht, wenn der Vater im Gefängnis nicht geschlagen wird, dann ist es ja nicht so schlimm.“ Es gibt Leute, die zu hoffen wagen, daß nach der Abstimmung vom 17. Mai in den deutschen SA-Kasernen und Konzentrationslagern nicht mehr geschlagen werden wird. Mögen sie Recht behalten. Man soll aber auch im Auslande nicht moralische Schläge austeilen an Menschen, deren Seelenzustand jedem unverständlich bleiben muß, der das hohe Glück genießt, kein Untertan des Dritten Reiches zu sein.

Andererseits muß eine derartige Interpellation aber künftig binnen 14 Tagen beantwortet werden. Wird diese Frist nicht eingehalten, so entscheidet das Haus in der nächsten Sitzung über Antrag des Interpellanten, ob über die Interpellation eine Debatte im Plenum abgehalten wird. Im zustimmenden Falle muß der interpellierte Minister das Wort ergreifen, falls bis dahin nicht die Antwort im Druck verteilt wurde. Auch wenn die Antwort rechtzeitig im Druck verteilt wurde, kann der Interpellant die Abführung einer Debatte beantragen; darüber entscheidet gleichfalls das Haus.

Eine lex Dollfuß.

Die Erfahrungen mit dem Staatsstreik des Herrn Dollfuß, der das österreichische Parlament vollständig ausschaltete, weil für den am 4. März eingetretenen Fall der Demission des gesamten Präsidiums die Geschäftsordnung keine Vorschriften vorliegend, mer die nächste Sitzung einberufen und leiten soll, hat zu einer Aenderung des § 5 Anlaß gegeben, die derartigen Fällen bei uns einen Riegel vorschiebt. In einem solchen Fall muß der Vorsitzende der Regierung binnen sechs Wochen das Parlament zur Neuwahl des Präsidiums einberufen. Auch die erste konstituierende Sitzung des Hauses muß nicht später als sechs Wochen nach der Verkündung des Wahlergebnisses erfolgen.

Hebung der Präsenz.

Um eine regere Beteiligung an den Plenarsitzungen und an den Arbeiten des Hauses überhaupt zu erzielen und das Niveau der Verhandlungen zu heben, sind eine ganze Reihe von Maßnahmen vorgesehen.

Nachträgliche Entschuldigungen wegen Fernbleibens von den Sitzungen werden grundsätzlich nicht angenommen. Der Vorsitzende kann Urlaub bis zu sieben Tagen nur auf Grund eines schriftlichen, ordentlich belegten und eigenhändig unterschriebenen (in dringenden Fällen auch telegraphischen) Ansuchens gewähren und eine Beglaubigung der angeführten Gründe fordern.

Im Falle unentschuldigter Fernbleibens von sechs aufeinanderfolgenden Plenarsitzungen wurden bisher die Diäten für einen Monat entzogen; schlimmstenfalls konnte der Diätenverlust nach dreimaliger Wiederholung über Antrag des Immunitätsausschusses auf weitere sechs Monate ausgesprochen werden.

Nunmehr haben bereits fünf unentschuldigte Absenzen in einem Kalendermonat den Diätenverlust für einen Monat zur Folge; wurde die Sanktion im Laufe eines Kalenderjahres bereits dreimal verhängt oder hat der betreffende in einer Session durch 15 aufeinanderfolgende Tage die Sitzungen unentschuldigter verläßt, so tritt der Monatsverlust ein, den das Wahlgerecht über Antrag des Präsidiums ausspricht.

Die Schriftführer des Hauses erhalten weiters die ausdrückliche Befugnis, über die Teilnahme der Abgeordneten an den Plenarsitzungen, an Abstimmungen und an der Vornahme von Wahlen zu wachen. Die ausliegenden Präsenzlisten müssen eigenhändig unterschrieben werden.

Verbot des Ablesens von Reden

Hiemlich einschneidend dürfte sich die neue Bestimmung des § 44 auswirken, daß nämlich Reden mit Ausnahme von kurzen Erklärungen namens des eigenen Klubs und kurzen mündlichen Ripaten mit genauer Quellenangabe nicht gelesen werden dürfen. Ausgenommen von dem Verbot sind die Ausdrückungen des Vorsitzenden, der Referenten und der Mitglieder oder Vertreter der Regierung.

Die disziplinierten Aenderungen.

Neu ist die Bestimmung, daß nach dem dritten Auf „zur Ordnung“ oder „zur Sache“ die stenographische Aufnahme der Rede eingestellt wird; der Vorsitzende kann dann dem Redner auch das Wort entziehen; eine Verurteilung an das Haus ist nicht mehr zulässig, ebenso nicht eine zweite Wortmeldung. Während bisher die Beleidigung eines Parlaments- oder Regierungsmitgliedes im Plenum auf Antrag nur mit einer Rüge bestraft werden konnte, kann sie jetzt durch Entzug der Diäten für einen Monat verhängt werden. Dasselbe gilt für Belei-

Deutsch-französischer Zwischenfall

Metz, 18. Mai. In der vergangenen Nacht hat sich an der französisch-deutsch-luxemburgischen Grenze ein schwerer Zwischenfall ereignet: durch die Steuerbehörde von Luxemburg war kürzlich das einem Reichsdeutschen, Ernst Nadel, gehörige Daggerschiff gebändert und beschlagnahmt worden. In der letzten Nacht kam aus Richtung Trier auf der Mosel ein Schlepper gefahren, der etwa 10 bis 15 bewaffnete Leute in Dittler-Uniform an Bord hatte; um sich des beschlagnahmten Daggerschiffes zu bemächtigen, drang der Schlepper in die französischen Gewässer ein. Die französischen Beamten forderten den Schlepper auf, sofort die Ufer zu verlassen; sie konnten aber, da sie von der Uebermacht der bewaffneten Nationalsozialisten schwerstens bedroht wurden nicht hindern, daß der Schlepper unter Mitnahme des Daggerschiffes das deutsche Gebiet erreichte.

Die Verhandlung einer Kammer oder eines ihrer Organe, Ausschluß von der laufenden Sitzung durch den Vorsitzenden (ohne Verfassungsrecht an das Plenum) kann nicht nur bei Beleidigung des Vorsitzenden, sondern auch des Präsidenten der Republik, der Minister und Vizepräsidenten erfolgen, eventuell auch bis zu sechs weiteren Sitzungen.

Der Ausschluß kann vom Vorsitzenden bis zu zwanzig Sitzungen verhängt werden, falls infolge der Störung die Verhandlungen nicht fortgesetzt werden können oder der betreffende Abgeordnete sich Gewalttätigkeiten zu Schulden kommen läßt; damit ist automatisch der Diätenverlust für zwei Monate verbunden, der über Beschluß des Präsidiums bis zu sechs Monaten erweitert werden kann. Im Wiederholungsfall zieht jede weitere Ausschließung innerhalb derselben Session den Diätenverlust für einen Monat nach sich, der vom Präsidium bis zu sechs Monaten ausgedehnt werden kann. Ein ausgeschlossener Abgeordneter darf auch die Ausschüßräume nicht betreten.

Im Plenum des Hauses sprachen zum Staatsrechnungsabluß für 1931 drei Kommunisten und der Landbändler Windisch, der u. a. die Frage aufwarf, „ob der Umfang der Arbeitslosigkeit auch wirklich notwendig und berechtigt ist“. Im Volke herrschen darüber angeblich geteilte Meinungen. Er verlangte daher einen „schärferen Maßstab über die Zuerkennung der Unterstützung“ und eine „größere Kontrolle“. — Wir empfehlen dem Herrn Windisch eine Rundfahrt etwa durch die nordböhmischen Hungergebiete; dort dürfte er bald eines Besseren belehrt werden.

Nach dem Schlußwort des Genossen K r e m e r erteilt das Haus die nachträgliche Genehmigung zu den Budgetüberschreitungen in den Kapiteln Justiz, Oberstes Verwaltungsgericht, Schule und soziale Fürsorge und genehmigt den Staatsrechnungsabluß.

In den Antikommissarischen Ausschüß wurde an Stelle des verstorbenen Genossen P o h l dessen Erbsmann Genosse H a d e n b e r g gewählt; an seine Stelle rückte Genossin K i r p a l vor. In die Spar-Kommission wurde an Stelle P o h l s Genosse K r e m e r als Erbsmann entsendet.

Die Geschäftsordnungs-Novelle wurde dem Initiativ-Ausschüß mit Frist bis Dienstag mittags überwiesen. Nach dem Plenum wies der Ausschüß die Novelle dem Verfassungsausschüß zu, der zu ihrer Beratung ein zehnjähriges Subkomitee wählte, das Montag nachmittags zusammentritt.

Nächste Plenarsitzung Dienstag, den 23. d., um 15 Uhr. Tagesordnung: Affianierungsgebet, Fristverlängerung im § 6 der Arbeitsruhe, Geschäftsordnungs-Novelle.

Die Novelle zur Geschäftsordnung.

Prag, 19. Mai. Am Schluß der heutigen Parlamentsitzung wurde die angekündigte Novelle zur Geschäftsordnung in Form zweier Initiativentwürfe der Koalitionsparteien eingebracht; die eine Vorlage betrifft jene Aenderungen, die durch autonomen Beschluß geändert werden können, die zweite jene, die nur durch ein Gesetz geändert werden können.

Die beantragten Aenderungen sollen die parlamentarische Technik verbessern, die Verhandlungen beleben, aber unter Umständen auch eine Verschärfung der Disziplinarmittel ermöglichen. Die Einführung einer ersten Lesung, also einer grundsätzlichen Aussprache vor der Ausschüßbehandlung, die nach der bisherigen Geschäftsordnung nicht zulässig war, bedeutet zweifellos eine Verbesserung und kann bei richtiger Handhabung das Interesse an den parlamentarischen Verhandlungen heben.

Weniger schmeichelhaft ist es für die Parlamentarier, daß man die mangelnde Präsenz im Hause, die zu so viel berechtigten Klagen Anlaß gegeben hat, durch Diätenentzug, ja im äußersten Falle durch Mandatsverlust zu beheben sucht. Die Frist zur Interpellationsbeantragung wird verlängert, dafür aber Vorlesungen zu ihrer Einhaltung getroffen. Die Einbringung von dringlichen Interpellationen wird an sehr strenge Bedingungen geknüpft — die Forderung von 50 Unterschriften bei 300 Abgeordneten geht wohl sehr weit — doch erhält die Bezeichnung einer Interpellation als dringlich nun einen Sinn, da die Beantwortung binnen vierzehn Tagen erfolgen muß.

Die lebhafteste Diskussion wird wohl die Verschärfung der Disziplinarmittel, die schon seit Jahren auch von den jetzt geltenden Bestimmungen nur sehr sparsam Gebrauch gemacht wurde, mag ihre Notwendigkeit anscheinbar sein.

Die erste Lesung.

Einer Anregung des jetzigen Ministerpräsidenten entsprechend, wird für Regierungsvorlagen vor ihrer Zuweisung an die Ausschüße eine erste Verhandlung im Plenum eingeführt, bei der von jedem Klub bloß ein Redner sprechen darf. Die Debatte,

die für die Ausschüßverhandlungen gewisse allgemeine Richtlinien aufstellen soll, muß von dem betreffenden Ressortminister oder seinem Vertreter eröffnet werden. Abänderungsanträge sind in diesem Stadium nicht zulässig; es kann nur Uebergang zur Tagesordnung, bzw. Zuweisung an andere als vom Präsidenten bestimmte Ausschüße beantragt werden.

Diese erste Verhandlung im Plenum muß spätestens in der fünften Plenarsitzung nach der Vorlage des gedruckten Regierungsantrages an das Haus erfolgen. Um jedoch bei belanglosen Entwürfen das Parlament nicht unnötig mit weiteren Formalitäten zu belasten, soll die erste Lesung dann entfallen, wenn das Präsidium es ausdrücklich beschließt. Das Haus kann diesen Beschluß über schriftliches Ansuchen von 50 Abgeordneten jedoch mit einfacher Mehrheit aufheben. Beschlüsse der anderen Kammer werden ohne Debatte den Ausschüßen zugewiesen.

Die zweite Lesung, die bisher nur im abgeklärten Verfahren nach § 55 sofort (ohne vorgeschriebene Abstündige Frist) erfolgen konnte, kann jetzt über bloßen Beschluß des Präsidiums bei dringenden Vorlagen noch in derselben Sitzung vorgenommen werden.

Die Interpellationsbeantwortung.

Die rechtzeitige Beantwortung von Interpellationen durch die zuständigen Ressortminister ließ bisher viel zu wünschen übrig; es war zwar eine Frist von zwei Monaten zur Beantwortung vorgeschrieben, wenn diese aber nicht eingehalten wurde, so sah die Geschäftsordnung keine weiteren Maßnahmen vor.

Nunmehr wird die Frist zur schriftlichen oder mündlichen Beantwortung, bzw. zur Ablehnung einer Antwort unter Angabe von Gründen auf drei Monate erstreckt; wird diese Frist überschritten, so hat der Vorsitzende die Antwort innerhalb einer Zusatzfrist von 30 Tagen zu erteilen. Wird auch diese Nachfrist überschritten, so kommt die Interpellation über schriftlichen Antrag von 21 Unterfertigten der Interpellation, der binnen acht Tagen gestellt sein muß, auf die Tagesordnung der Plenarsitzung; die Debatte beschränkt sich auf einen von den Antragstellern und auf den interpellierten Minister.

Die Einreichung dringlicher Interpellationen wird nunmehr an die Unterschrift von 50 Abgeordneten (außer den Antragstellern) und an eine sachliche Begründung der Dringlichkeit gebunden.

KARL Nachdruck verboten.

UND DAS 20. JAHRHUNDERT

Roman von Rudolf Brunngraber

Copyright by Societäts-Verlag, Frankfurt am Main 1933

Indessen fallen draußen die Trübsen auseinander — die Internationale Roststahl-gemeinschaft kündigt eben ihre Verträge und der Kontinent wächst sich an seinen Boll-mauern zu einem neuen Babylon aus. Während der Jüder auf dem Weltmarkt auf ein Drittel des Preises von 1913 gesunken ist, kostet er für den Konsumenten hinter den Bollmauern gerade das Doppelte. Und Kubo, das mit jodiel Talent und klimatischer Begünstigung vom Tabak-bau zum Zuderbau übergegangen ist, wird dafür mit einer Serie tauber Revolutionen ge-quält. Aber auch das alte Europa ist ein einziger Bürgerkriegs-herd. Arbeiter stehen gegen Arbeiter und gegen beide stehen die Fronten der Bauern, des Klein- und Großbürgertums. Dabei werden, da die Vorstellungskraft für eine neue Welt — beziehungsweise für die Welt der Tatsachen — nicht reicht, neuerdings die Fahnen des Mittelalters heraufgeholt. Auch ist eine neue Generation herangewachsen, die ihr Teil haben will an der Glut der Schöpfung, also ist es wieder ottuell, daß ein Krieg für die Demungen der Zivilisation entschädigt. 1920 waren die Ver-einigten Vaterländischen Verbände Deutschlands, waren die Orgesch Orbeuf, Oryst, Orta, die Organisations Konful, die Schwarze Reichs-wehr, der Stahlhelm, waren der Wikingbund, der Wervolf, der Bund Oberland, der Jungdeutsche Orden, Geheimbünde. 1930 schwillt der National-sozialismus zwischen dem polnischen Korridor und der besetzten Saar, zur Volksbewegung an und Herriot in Frankreich ist den Weg aller französischen Politiker gegangen. Aus dem Radi-

kolen ist der Nationalist geworden, und Briands Panuropa-Konzeption sieht die Weibehaltung der Rüstungen, Militärbindnisse und Zölle vor. Zwölf Jahre nach dem letzten Trommelfeuer in Frankreich sind die Grenzen bereits wieder Jüden-schüre. An dem Tag, da die Befragung (die Deutschland 5 1/2 Milliarden gekostet hat) das Alpenland verläßt, — an dem Tag, da Karl es aus allen Kaufschretern rauschen hört: Kochen ist frei! Ist es schon wieder keine Frage mehr, daß demnächst ein neuer Krieg den Völkernbund wie eine Kralle über den Häufen schmeißen wird. Zunächst allerdings wird der Krieg mit anderen Mitteln fortgeführt. Ewa indem man einer Volkswirtschaft die Goldkapitalien, die man ihr zur Stützung der Währung und Kreditwürdigkeit geborgt hat, im dramatischsten Augenblick wieder entzieht. 1913 betrug der Goldvorrat der USA 400 Millionen Pfund Sterling, jener Frankreichs 295, der Englands 245 Millionen, der Deutsch-lands 210 Millionen. 1930 besitzen die USA Gold im Werte von 870 Millionen, Frankreich von 430 Millionen, England von 150 Millionen und Deutschland von 110 Millionen. Damit ist auch die politische Gruppierung gegeben, zumal die Goldstaaten ihre Ueberlegenheit nicht zur Zänstigung der Weltlage, sondern zu politischen Repressalien fähigen. Der Rationalisierungs- und Abstrakte wächst noch die Kreditkrise zu, und die Erde, die Raum und Mittel für 6 Milliarden Menschen hat, liegt mit ihren 2 Milliarden in den Rüdungen als ginge es geradewegs in den Jüng-sten Tag der Zivilisation. Die Panik ist um 10 mal wilder, als selbst jene kleinen Stöße, die die abendländische Wirtschaft durch die russische Aus-suhr empfängt. Bei diesem Stand der Dinge ver-nichtend wirken, obwohl der Export der Sowjet-union erst 6 Prozent der Ausuhr des zaristi-schen Rußland beträgt. Der Ueberfluß in der Welt ist eben so groß, daß sie nichts weniger trägt als eine abermalige Steigerung dieses Ueberflusses. Schon ersticken, unter dem russischen

Drud der Balkan in seinem Getreide, Skandi-navien in seinem Holz, Venezuela im Erdöl, und selbst für die USA ist die sowjetische Petroleum-station in Baltimore mehr als eine grimme Ge-ste. Das Unentrinnbare, die herrenlose Welt-maschine, die ihre Geleise in sich selber hat, geht wie eine Dampfwalze ihren Weg.

Die Welt zählt bereits 24 Millionen Radio-abhonnenten, die Umrechnungszahl des neuesten Verbrennungsmotors beträgt 4300 in der Mi-nute, der Chefkonstrukteur der Good Year Ze-pelin Co. in Akron, ein Denker, erklärt das neue Bellum-Dieselmotorluftschiff für das sicherste Verkehrsmittel der Welt. Karl aber hört aus einem Radiovortrag, daß eine Kröte 40 Jahre alt wird, ein Schwan 300, ein Mammutbaum 5000, und das Bewußtsein von der Einmaligkeit seines Daseins fällt ihm schwer in die Seele. Er tröstet sich, wie er in der Sonne am Trottoir-rand steht, wieder mit der großen Zahl. So viele gehen an ihm vorüber und selbst die Pferde und die Hunde haben noch ihr Auskommen. Wie sollte gerade für ihn, für einen einzigen, kein Platz mehr sein in dieser ungeheuren Welt? Karl beachtet nicht, daß er nicht ein einzelner, sondern nur einer von Millionen ist. Es ist ihm eben noch nicht aufgegangen, daß gerade die große Zahl, die Gedrängtheit und die Häufung, das Unglück in dieser Welt sind. Seine Verantwortung läßt ihn noch immer als das Charakteristische in der Welt den Sonnenschein sehen, die blumigen Kleider der jungen Frauen, die schwebenden Straßenbahnen und die Programme der Theater und Kinos. Was in Karl manchmal heimlich und verschämt aufschluchzt, was sich fürchtet und wieder auftraut, was durch seine Augen in den Sonnenschein hinausschaut, ist noch immer der kleine Vimmerling, den das kleine Weib zu der Schor Ruben geführt hat. Allerdings ist das kleine Weib nun vermodert, andere mit rauhen blonden Haaren und lebhaften Augen gehen im warmen Wind der Straßen und nur die große

Welt, vor der das kleine Weib manchmal eine dunkle Angst gefühlt hat, ist die gleiche geblieben. Sie ist noch reifer, prunkvoller, gewalttätiger, läster und unbarmerziger geworden und ihr all-gemeiner Lauf bringt es mit sich, daß sich damit auch der Karl Valner, der Sohn der Wäichern und des Straßenbahnschaffners Nr. 1345, der nun freilich in Tolmein begraben liegt, ausein-anderlegen muß.

Vorläufig ist noch die magere Wilma Daniel seine Mutter, wenn sie abends mit einem Por-ward in sein Zimmer kommt, und er muß ihr noch dankbar sein dafür, obzwar es ihm nachher den Mund feig zusammenzieht. Sie ist einen Kopf größer als er, hat braun unranderte, starke Augen unter dem gelben Haar, starke Backen-knochen und entschuldig abgemagerte, rote Wangen. Sie redete Karl zu, er könne die Miete auch schuldig bleiben, wenngleich sie sich das selber nicht vorstellen kann. Allein das Leben läßt es zu diesem Dilemma nicht kommen. Mitte Mai wird auch der alte Dostal arbeitslos — wer auch braucht heute noch Rassen? —, die Anna Zach geht auf die Straße, nach dem Friseurwerden und in eine andere Gegend, und Karl versteht, da her, ob die Leute nun so oder so sagen, einem zahlungskräftigeren Mieter den Platz räumen muß. Er tut seinen Rasierapparat und seine Wäsche in den alten Reisefloher, der dann in eine nicht begangene Gasse geschoben wird. Von Karl zu Karl nur wird Karl wieder kommen, ein Hemd zu wechseln, nach Post zu fragen und was da noch mehr ist.

Die Nacht vom ersten auf den zweiten Juni verbringt er zum ersten Mal im Aghl. Er wird, ehe man ihn in den Raum mit den 45 Stahl-einlagen entläßt, nach Filzläusen untersucht. So-marland, Venedig, Lappland. Karl denkt, daß man auch im Aghl die Haltung nicht verlieren dürfte

(Fortsetzung folgt.)

„Am Geist der sozialistischen Internationale versündigt.“ Léon Blum über die Haltung der Reichstagsfraktion.

Paris, 18. Mai. In der heutigen Ausgabe des „Populaire“ schreibt der Führer der französischen Sozialisten, Léon Blum, folgenden über die Teilnahme sozialdemokratischer Abgeordneter an der gestrigen Reichstagsfraktion:

„Etwa fünfzig sozialdemokratische Abgeordnete haben der Reichstagsfraktion beigewohnt. Und sie haben die Erklärung des Reichskanzlers Hitler gebilligt.“

Doch weder Otto Weiskopf, der Parteivorsitzende, noch Breitscheid, der Fraktionsführer, noch Herz, der Fraktionssekretär, waren unter den Anwesenden.

Die Frage der Teilnahme der Sozialdemokraten an der Reichstagsfraktion war das Thema der Konferenz des kürzlich neu gewählten Parteivorstandes; diese Konferenz, die am vergangenen Sonntagabend stattfand, sprach sich einmütig gegen die Beteiligung sozialdemokratischer Abgeordneter aus. Und man hätte auch schwerlich einen anderen Entschluß fassen können! Die Teilnahme an der pompösen, von Herrn Hitler inszenierten Parade im Reichstag wäre in einem einzigen Fall zu rechtfertigen und zu verstehen gewesen: wenn man die Gelegenheit hätte benutzen können, um ins Gesicht des Herrn Hitler in aller Öffentlichkeit ein trotziges Nein zu schleudern und um die Ablehnung und die Revolte der deutschen Arbeiterklasse zu proklamieren.

Eine solche Demonstration war aber praktisch unmöglich für die sozialdemokratische Fraktion. Man täusche sich nicht: die Führer der Partei sind in ihrem Verhalten nicht bestimmt worden etwa durch die Furcht vor den Gefahren, die sie hierdurch für ihre Person heraufbeschworen hätten, — denn ohne jeden Zweifel hätten sie diese heroische Geste mit ihrer Freiheit, vielleicht sogar mit ihrem Leben bezahlt. Nein; aber sie wußten, daß sie nicht allein gespart würden. Die Massen der Parteigenossen sind in Deutschland geblieben und können garnicht daran denken zu fliehen; und auf diese vielen Tausende von örtlichen Führern, auf die Vertrauensleute, auf die Funktionäre der Partei und der Gewerkschaften wäre ein wahres Trommelfeuer blutigster Verfolgungen herniedergeprallt.

Aus allen diesen Gründen gab es für die sozialdemokratischen Abgeordneten eine unmögliche Haltung, diktiert von dem Gewissen der sozialistischen Internationale: durch ihre Abwesenheit die Hittlerische Komödie für null und nichtig zu erklären, das Theater im Reichstag als das bloßzustellen, was es ja in Wirklichkeit ist, eine spöttische und erbärmliche Parodie, — an der die deutsche Arbeiterklasse sich nicht beteiligt.

Der Parteivorstand hat dies auch vollkommen begriffen. Doch eine gewisse Zahl von Abgeordneten hat sich in Berlin zusammengesetzt und hat sich anders entschieden zu dürfen geglaubt. Sie haben den kategorischen Anweisungen des Parteivorstandes Trotz geboten!

Ihre Beweggründe sind leicht anzugeben: sie haben nicht auf die Illusion verzichtet wollen, daß im Rahmen des Hitler-Systems eine legale Aktion zur Organisierung der Arbeiter-

schaft und zur Propagierung ihrer Ziele möglich ist. Durch ein Handelsgeschäft und durch Anpassung an die nationalsozialistische Diktatur haben sie sich ihre Bewegungsfreiheit retten wollen!

Daß sie sich in schwerster Weise gegen die Parteidisziplin — es lag ein klarer Beschluß des Parteivorstandes vor! — vergangen haben, das geht nur ihre Partei an. Daß sie sich aber am Geist der sozialistischen Internationale versündigt haben, das offen auszusprechen hat jeder von uns das Recht und die Pflicht. Ich, für meine Person, sage es unumwunden mit aller gebotenen Klarheit:

Ich kümmere mich nicht darum, ob diese Abgeordneten sich außerhalb der Reihen der deutschen sozialdemokratischen Partei gestellt haben, aber ich erkläre, daß sie durch ihr Verhalten dem Geist und der Solidarität der Internationale des Sozialismus die letzte Treue gebrochen haben!“

„Wo keine Freiheit ist, ist kein Vaterland.“

In der „Arbeiterzeitung“ schreibt Oda Uberg über die Reichstagsabstimmung:

Wenn die große Masse der deutschen Sozialdemokraten die Abstimmung vom 17. Mai nicht verstehen kann, so nicht deshalb, weil sie ihrem Verständnis zu hoch wäre, sondern, weil sie ein Abrücken von der lebendigen Wirklichkeit in den toten Formeln voraussetzt, das sich ohne inneren Zwang zum Selbstbetrug nicht vollziehen kann. Nur als Notausgang aus einer verzweifelten Lage wählt das Denken so verflungene und so unklare Wege. Diese Wege haben die Fraktion weit weg geführt von der Masse, die Deutschlands Feind da sieht, wo er steht: im Herzen des Landes und nicht an der Grenze. Aus lauter Besorgnis, unpatriotisch zu scheitern, hat die Fraktion im höchsten Sinne unpatriotisch gehandelt. Wo keine Freiheit ist, ist kein Vaterland. Die Masse fühlt das mehr oder weniger klar; ihre Wortführer sollten es aussprechen. Damit hätten sie die Fahne von neuem erhoben, um die sich die Sozialdemokraten sammeln konnten.

Was immer die Fraktion beabsichtigt habe, erreicht hat sie nur, jede Verbundenheit mit der Masse zu zerreißen, das Ausland zu verblühen und dem inneren Feind als gering zu schätzender Geener zu erscheinen. Es mag es sehr fein ausgeklügelt haben, daß gute Worte Zustimmung verdienen, aber die Masse blickt auf den, der sie ausspricht, sieht das Gesicht hinter der Maske, die Taten hinter den Reden. Man mag ihr Kanon machen vor dem Feind im Westen und dem Feind im Osten; sie sieht den Feind in der Regierung und versteht ihre Abgeordneten nicht, die mit ihm partiiieren.

Die von der sozialdemokratischen Fraktion gegebene Unterschrift ist ungültig. Die Partei, die Internationale wird sie nicht ratifizieren.

alles niedertrampeln, was sich nicht zu ihnen bekennen will.

Wir haben es in den letzten Wochen erlebt, daß Funktionäre der Arbeiterbewegung zu Hunderten ihrer Freiheit beraubt und in einer Weise mißhandelt wurden, die man im 20. Jahrhundert für unmöglich gehalten hätte. Wie demokratischen Errungenschaften, auf denen das politische Leben Deutschlands in den letzten Jahren geruht hat, alle Errungenschaften politischer und geistiger Freiheit wurden von den Deutschen Hakenkreuzern vernichtet und die Verbrennung von Büchern der bedeutendsten Geister der deutschen Nation hat gezeigt, daß es sich hier um

ein geistloses Regime handelt, welches die menschliche Kultur um Jahrhunderte zurückschrauben will. Der Geist der Hakenkreuzerei in Deutschland ist auch der Geist, der die deutsche nationalsozialistische Partei in der Tschekoslowakei und alle ihre Vertreter befeht.

Die Verhänge der deutschen Nationalsozialisten, hierzu jede Verbindung mit ihren Gefinnungsgenossen im Deutschen Reich abzuleugnen, müssen das schwerste Mißtrauen der gesamten Öffentlichkeit hervorrufen und werden nirgends Glauben finden. Das Bekenntnis zur Demokratie, welches der Führer der nationalsozialistischen Partei Herr B u n g unlängst abgegeben hat, steht in schärfstem Widerspruch zu allem, was diese Partei bisher getan und gesagt hat.

Diejenigen, welche die Demokratie vergewaltigen, die Vertreter der Demokratie mißhandeln und mordern, haben kein Recht sich zur Demokratie zu bekennen, sich auf die Demokratie zu berufen und von der Demokratie geschützt zu werden.

Deshalb haben wir leidenschaftlichen Protest erhoben gegen das Auftreten des Herrn Landesvertreter Gebauer in dieser Körperschaft und wir erklären, daß wir gegen die Vertreter der Nationalsozialisten in der böhmischen Landesvertretung und außerhalb dieser Körperschaft den härtesten Kampf führen werden, der nicht enden wird, bis diese kulturfeindliche und den demokratischen Fortschritt der Menschheit und insbesondere der arbeitenden Klassen schädigende Bewegung mit Stumpf und Stiel ausgerottet ist.

Zum zweitenmal unterbrochen.

Gebauer versuchte jetzt nochmals zu sprechen. Als jedoch die Landesvertretung diesen zweiten Versuch bemerkte, setzte der Sturm von neuem und mit einer derartigen Heftigkeit ein, daß der Vorsitzende nach kaum einer Minute die Sitzung zum zweiten Male unterbrechen mußte. Die tschechischen Bürgerlichen nahmen diese Entscheidung mit dem Gesang der Staatshymne auf. Es mußte eine Beratung der Klubobmänner einberufen werden, um die Wiederannahme der Sitzung zu ermöglichen. Die deutschen bürgerlichen Parteien verhielten sich wie schon vorher, vollkommen passiv.

Alle anderen Parteien erklärten auf das bestimmteste eine Rede eines deutschen Hakenkreuzlers nicht anhören zu wollen.

Die Hakenkreuzler, welchen nun langsam der Ernst der Situation zu Bewußtsein kam, erklärten jetzt, daß Gebauer auf das Wort verzichte.

Ein würdelo'ser Abgang.

Gebauer legte eine Erklärung vor, in welcher er den Wortverzicht begründete. Als die tschechischen Parteien den Text nicht billigten, änderte ihn Gebauer so lange ab, bis auch die tschechischen Parteien sich mit ihr einverstanden erklärten. Der Hakenkreuzler wich ohne Zwang — denn er hätte ohne weitere Erklärungen auf das Wort verzichten können — dem einmütigen Willen der sozialistischen und demokratischen Parteien in der Landesvertretung.

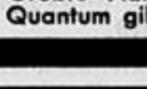
Bürgermeisterwahl in Teplitz.

Dr. Walthor Bürgermeister, Genosse Ruff erster Stellvertreter.

Teplitz-Schönow, 19. Mai. Nach Eröffnung durch den amtierenden Bürgermeister Fachlehrer Genossen Josef Ruff übernahm der älteste Stadtvertreter, Becher, die Leitung des Wahls. Im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion gab Genosse K r e m s e r die Koppelung unserer Partei mit den tschechischen Sozialdemokraten, tschechischen Nationalsozialisten und tschechischen Nationaldemokraten bekannt, worauf mit 13 Stimmen Genosse R u f f als erster Bürgermeister gewählt wurde. Bei der Wahl des Bürgermeisters wurden im ersten Wahlgang zwölf Stimmzettel leer abgegeben, zwölf stießen auf Dr. Ernst Walthor, je eine auf Schindler und Fleischer. Da einerseits keiner eine absolute Mehrheit erlangt hatte, andererseits aber auch zwei Kandidaten mit der größten Stimmenzahl fehlten, wurde der Wahlgang wiederholt. Nun entfielen von 27 abgegebenen Stimmen 14 auf Dr. Walthor, zwei auf Fleischer, elf waren leer. Damit war Walthor zum Bürgermeister gewählt. Bei der Wahl des zweiten Vizebürgermeisters erhielt im ersten Wahlgang von 26 abgegebenen Stimmen Schindler (Arbeits- und Wirtschafts-Gemeinschaft) 13, Fleischer (Christlichsozial) 7, Jisch (Nazi) 5, ein Stimmzettel leer. Der zweite Wahlgang ergab 13 Stimmen für Schindler, 12 für Fleischer, einer leer. Das Präsidium legt sich demnach wie folgt zusammen: Bürgermeister Dr. Ernst Walthor (Deutschnational), erster Stellvertreter Fachlehrer Ernst Ruff (Sozialdemokrat), zweiter Stellvertreter Emil Schindler (D. A. u. W. G.). Der Christlichsoziale Oberst Fleischer ist hienmit aus dem Präsidium ausgeschieden.

Zahlen sprechen für Ceres SPEISEFETT

Ein erwachsener arbeitender Mensch braucht täglich 3100 Kalorien. Um diese zu erhalten, müßte man nehmen:

	kg	KALORIEN
	11,4	3100
	4,7	3100
	4,-	3100
	2,3	3100
	1,15	3100
	0,62	3100
	0,34	3100

Größte Nährkraft bei kleinstem Quantum gibt Ceres.

Robiniet will nicht auslagen.

Der Brünner Fasizistenprozeß.

Brünn, 19. Mai. (Tsch. P.-B.) Im Prozeß vor dem Staatsgericht in Brünn gegen Robiniet und Genossen wurden heute die Verlesung der Protokolle über die Aussagen Robiniet's beendet. Bei der Verhandlung waren auch heute die beiden Psychiater Dr. Papirnik und Dr. Jelinek anwesend. Der Angeklagte Robiniet verweigerte heute die Antwort auf alle Fragen unter Hinweis auf seine Nervenverfassung. Bereits während der Verlesung der Protokolle verweigerte Robiniet die Antwort auf eine Frage des Vorsitzenden, indem er darauf verwies, er sei bereits vollkommen zermüdet und mit seinen Nerven fertig und er fühle einen derartigen Druck im Kopfe, daß er bereits durch drei Tage ungewöhnlich große Mengen Brom zu sich nehme. Befragung beendet wird Robiniet seitens des Vorsitzenden, der Verteidiger und der Beisitzer mit Fragen überschüttet, von denen hauptsächlich der Beisitzer Dr. Slaby ihn auf die ersten Unstimmigkeiten seiner Aussagen mit den Behauptungen der Zeugen aufmerksam macht, worüber Aufklärungen notwendig seien. Robiniet bleibt jedoch hartnäckig bei seinem Verhalten und erklärt immer wieder in gleicher Weise, er sei nicht imstande, seine Gedanken zu konzentrieren, daß das was er zu Protokoll gab, richtig sei, daß er das Bestreben gehabt habe, wahrheitsgemäß auszusagen und zu schildern, wie er dies durchgemacht habe, aber daß er nicht behaupte, daß alles zu 100 Prozent wahr sei. Heute könne er auf die Fragen nicht antworten, er habe einen Nerven Zusammenbruch erlitten und seine Aussagen hätten keinerlei Wert. Auf die Mitteilung des Vorsitzenden, er wolle wenigstens einige Konfrontationen Angeklagter mit Robiniet vornehmen, verwarf sich dieser energisch dagegen und erklärt, er würde nicht antworten können und allem beipflichten. Bei dieser Sachlage erklärt Vorsitzender Dr. Božický, daß er das Verhör Robiniet's nicht fortsetzen werde und eventuelle Konfrontationen auf eine spätere Zeit verschiebe, bis sich der Angeklagte beruhige.

In dem Gutachten der sachverständigen Psychiater

heißt es u. a., daß Robiniet zwar ein pathologischer, keineswegs aber ein geisteskranker Mensch sei. Er sei ein unausgeglichener Charakter, ein Choliker und Abenteurer. Die Sachverständigen erklären, daß sie bei Robiniet kein Anzeichen einer Geisteskrankheit festgestellt haben und daß die Blutprobe eine Geisteskrankheit ausschließe. Sein Verstand ist nicht vollkommen ausgeschaltet, sondern nur geschwächt. Seine letzte Tat bilde den gleichen Ausfluß seiner geistigen Fähigkeiten wie das ganze Milieu, in dem er lebe. Es war dies eine Atmosphäre, in der der Umsturz ständig in der Luft hängt und nach dem Befehl der Massen suggestion bilde das den Nährboden für die Autosuggestion Robiniet's. Die sogenannte Massen suggestion könne bloß ein mildernder Umstand im Sinne der Bestimmungen des Strafgesetzes sein und es sei Sache des Gerichtes, darüber zu entscheiden. Bei Robiniet habe es sich zur Zeit der Tat nicht um intermittierende Sinnesverwirrung gehandelt.

Lektion für Hakenkreuzler.

Die Sitzung der böhmischen Landesvertretung zweimal unterbrochen.

Die Landesvertretung will Hakenkreuzler nicht anhören.

Die bisher vollkommen ruhig verlaufene Sitzung der böhmischen Landesvertretung wurde gestern durch Sturm szenen unterbrochen, wie sie das Haus noch nicht erlebt hat. Der deutsche Nationalsozialist Ing. Gebauer, ein Gefinnungsfreund der Leute, die in Deutschland Sozialdemokraten und Kommunisten aus den Volksvertretungen ausschließen und die erst vor wenigen Tagen die sozialdemokratische Minderheit aus dem Münchener Stadtrat mit Gewalt vertrieben haben, versuchte in der Landesvertretung den Schutz der Demokratie auszunutzen und nationalsozialistische Belehrungen zu erteilen. Diese Kühnheit überstieg aber doch die Grenzen der Geduld der sozialistischen Parteien.

Raum hatte Gebauer zu sprechen begonnen, als die Empörung der Sozialdemokraten in einem Sturm von Zwischenrufen ausbrach. Im nächsten Augenblick standen fast alle Anwesenden vor der Rednertribüne und verlangten erregt, daß Gebauer erst sagen solle, ob er die Schändlichkeiten der Hitler-Fasizisten billige oder nicht. In dem rasigen Tumult, der im Saale herrschte, war nur zu hören, daß Gebauer die deutschen Hakenkreuzler zu verteidigen versuche. Vergeblich bemühte sich der Vorsitzende, die Ruhe wieder herzustellen. Mehr als zehn Minuten lang verhinderte die Landesvertretung den Hakenkreuzler am Reden, bis Vizepräsident S r o m sich gezwungen sah, die Sitzung zu unterbrechen.

Während dieser ganzen Zeit standen die deutschen bürgerlichen Parteien wortlos da, ohne Gebauer zu Hilfe zu kommen. Auch sein Fraktionskollege, der deutsche Nationalsozialist Seier, unternahm nicht den geringsten Versuch, Gebauer zu unterstützen.

Nur der U.S.G.-Vertreter, Wünsche aus Reichenberg, stellte sich an die Seite der Hakenkreuzler. Einen Augenblick lang waren die sozialistischen Parteien im Zweifel, ob diesem überraschenden Auftritt des in der Landesvertretung sonst nicht sehr bemerkbaren „Demokraten“ mit Heiterkeit oder mit Entrüstung aufnehmen sollten, dann aber wurde Herr Wünsche eine Belehrung zuteil, die ihm nicht sehr angenehm gewesen sein dürfte.

Nach einer Unterbrechung von 15 Minuten wurde die Sitzung wieder eröffnet, worauf Genosse K r e j š i im Namen des Klubs eine

Erklärung

abgab.

Angeichts der Rede, die der Herr Landesvertreter Gebauer in dieser Körperschaft halten wollte, haben sich die der deutschen sozialdemokratischen Fraktion in der böhmischen Landesvertretung angehörenden Mitglieder veranlaßt gesehen, ihren lebhaftesten Protest zu erheben und ich fühle mich verpflichtet, mit ein paar Worten diesen weiteren leidenschaftlichen Protest zu begründen: Herr Landesvertreter Gebauer gehört einer Partei an, die weltanschaulich aufs engste verknüpft ist mit einer Bewegung, die im benachbarten Deutschen Reich die Herrschaft an sich gerissen hat und in diesem Lande alter Kultur in einer Weise wütet, die den Abscheu nicht nur aller demokratischen Elemente, sondern der gesamten Kultur- und Menschheit aller übrigen Länder widergerufen hat. Gest früher das deutsche Volk als das der Dichter und Denker, als das der großindustriellen und proletarischen Organisations, als das Land eines hochentwickelten Schulwesens und einer hochentwickelten Kultur, so wurde

der Name des deutschen Volkes beschmutzt von Menschen, die mit einer unerhörten Brutalität

Bomben auf dem Bahnhof von Tientsin.

Hundert Tote und Verwundete.

Schanghai, 19. Mai. (Reuters.) Auf dem Bahnhof von Tientsin ist heute von einem unbekannten Täter ein Bombenanschlag verübt worden. Da der Bahnhof mit Soldaten und Flüchtlingen aus dem Kampfgebiet überfüllt war, sind schwere Opfer an Menschenleben zu beklagen.

Durch die Explosion der mit einem ungewöhnlich rasanten Explosivstoff gefüllten Bombe wurden etwa hundert Personen getötet und verletzt. Gleich nach der Explosion der Bombe brach ein Feuer ein, das sich katastrophal ausdehnte.

Tagesneuigkeiten

Gegen die Nazi in Oesterreich.

Wien, 19. Mai. Die „Deutschösterreichische Tageszeitung“ meldet: Gauleiter Frauenseid, welcher in der letzten Zeit Vorträge „Ueber Oesterreichs Zukunft“ gehalten hat, wurde gestern in die Polizeidirektion gebeten, wo man ihm eröffnete, daß die Regierung die weitere Abhaltung seiner Vorträge mit Wirksamkeit ab heute verboten hat.

Bregenz, 19. Mai. Ueber Befehlung der Vorarlberger Landesregierung wurde die Aufhebung des Films „Adolf Hitler, der Schmiel des deutschen Schicksals“ in den Vorarlberger Kinos verboten.

Wien, 19. Mai. In Graz wurden gestern und vorgestern 96 Nationalsozialisten abgeurteilt, die bei den letzten Ausschreitungen, insbesondere bei den Angriffen auf die Heimwehren verhaftet worden waren. Sie wurden zu Polizeistrafen und zwar von 12 Stunden Gefängnis bis zu zehn Tagen Haft verurteilt. In Zell wurden 14 ähnliche Polizeistrafen gegen die Nationalsozialisten ausgesprochen. U. a. wurde der Arbeiter Barrer wegen Beleidigung des Bundeskanzlers Dollfuß zu einer dreiwöchigen Haft und der Chauffeur Geriatschnig wegen des gleichen Delikts zu einer fünfjährigen Haft verurteilt. In Innsbruck griffen gestern bei einer Versammlung der Gewerkepartei einige Nationalsozialisten die Regierung an. Einer der Redner wurde verhaftet und zu einer sechswöchigen Haft und zu einer Strafe von 3000 Schilling verurteilt.

Steigende Beschäftigungszahl in England.

London, 19. Mai. (AP) Arbeitsminister Sir Henry Dutton gab heute im Unterhause bekannt, daß die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem vergangenen Monat um 91.000 und gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres um 92.000 gestiegen sei. Im Vergleich zum Jänner sei diese Zahl um 249.000 gestiegen. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Weltmarkt in allen Ländern durch Defiziteinschränkungen, wie auch durch politische und Währungsfragen gelähmt worden ist, sei die Situation in Großbritannien fester als im Vorjahre.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Paris, 19. Mai. (Havas.) Nach der amtlichen Statistik betrug die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich am 13. Mai 300.434. Das bedeutet einen Rückgang um 5292 gegenüber der Vorwoche. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die Verminderung der Arbeitslosen im Pariser Distrikt zurückzuführen.

Blutiger Raubüberfall auf einen Hausierer.

Brünn, 19. Mai. Heute früh wurde in der Nähe von Kundrov bei Brünn der 36jährige Hausierer J. Zello aus Brünn überfallen. Die Täter überfielen Zello von rückwärts, verletzten ihm mit einem eisernen Gegenstand einen Hieb auf den Kopf, so daß Zello schwer verletzt in bewußtlosem Zustand zu Boden fiel. Dann entwendeten sie ihm aus der Brusttasche eine Brieftasche mit dem Betrage von 4000 Kr und ein Portemonnaie mit 80 Kr. Zello wurde dann von einem Passanten aufgefunden und von der herbeigerufenen Rettungsfaktion in das Landeskrankenhaus geschafft. Die Täter, von denen der eine etwa 30 Jahre, der andere etwa 35 Jahre alt ist, sind entkommen. Nach ihnen wird gefahndet.

Verleumdungen des Genossen Rambauste-Braunau. In der „Narodni Politika“ vom 17. Mai war ein Artikel über die Verhältnisse im Braunauer Bezirk und über das, was sich im Zusammenhang mit der Verhaftung des dortigen Hafenkreuzabteuers Birle zugezogen hat, wobei unser Bezirksvertrauensmann, Genosse Rambauste in der unerhörten Weise verleumdet wurde. In der „Nar. Pol.“ wird gesagt: „Der Sekretär der deutschen Sozialdemokraten in Braunau, Rambauste, habe wörtlich erklärt: „wenn man mit dem Hafenkreuzisten so verfährt, wie dies die Gendarmen bewies, stelle sich die Sozialdemokratie hinter die Verfolgten und werde in der Folge mit ihnen an einem Strick ziehen.“ Diese Behauptung schlägt allen Tatsachen ins Gesicht. Was ist in Wirklichkeit geschehen? Am 14. Mai wurde Birle nach seiner Verhaftung zu dem um dreiviertel 8 Uhr abends abgehenden Zuge gebracht, um nach Königgrätz ins Kreisgericht eingeliefert zu werden. 300 bis 400 Hafenkreuzisten zogen sich zusammen und versuchten die Abfahrt des Zuges durch Besetzen der Gleise zu verhindern. Die Verwirrung zerstreute die Menge, damit der Zug abfahren konnte. Der Kummel

setzte sich hierauf in der Stadt fort und dauerte noch eineinhalb Stunden. Bei all dem war Genosse Rambauste nicht dabei. Er verließ am Sonntag um 7 Uhr abends das Parteisekretariat und begab sich in seine Wohnung, um sich um 8 Uhr abends wieder im Parteisekretariat einzufinden. Genosse Rambauste hatte keine Ahnung von der Verhaftung und dem Abtransport Birles. Was die „Nar. Pol.“ dem Genossen Rambauste in den Mund legt ist übrigens so absurd, daß es ein sozialdemokratischer Funktionär nicht gesagt haben kann und auch, wie es hier der Fall war, nicht gesagt hat.

Landesvertretung und Kollektivverträge. Ein Bericht des Landesauschusses, welcher gestern der Landesvertretung vorgelegt wurde, enthält die Auffassung, daß bei dem von Gemeinden, Genossenschaften oder ähnlichen Unternehmern durchgeführten Meliorationsarbeiten die Kollektivverträge keine Anwendung zu finden haben. Gegen diese Einstellung erhoben die beiden sozialdemokratischen Klubs in der Landesvertretung Protest und brachten gemeinsam durch die Genossin Butilova folgenden Antrag ein: „Für alle Arbeiten, welche durch das Land unterführt werden, ob sie schon von Genossenschaften, ihnen gleichgestellten Unternehmern oder Pflanzingenieurern durchgeführt werden, gelten die regionalen Kollektivverträge. Ausnahmen dürfen nicht gestattet werden.“ Der Antrag wurde angenommen.

Befreit! Das gleichgeschaltete „Berliner Tagblatt“ bemüht sich, triefend von feiger Unterwürfigkeit, Blut in Himbeerfaß und Terror in zornige Rücksichtnahme zu verwandeln. Der Reichsarbeitsminister Selbte hat angekündigt, daß den Hausgehilfinnen die Arbeitslosenversicherung geraubt werden soll. Wie meldet das die feine Zeitung? Sie gibt der Rede des Herrn Selbte den Titel: „Appell an die Hausfrauen. Minister Selbte zur Befreiung der Hausgehilfinnen von der Arbeitslosenversicherung.“ Daß arbeitslose Hausgehilfinnen nicht mehr unterführt werden und daher auf die Straße oder ins Wasser gehen müssen, ist also eine Befreiung! Künftig wird es nach diesem Rezept in Deutschland heißen: „Die sozialistischen Parteien wurden von ihren Zeitungen, von ihren Arbeiterzeitschriften, von ihren Mitgliedsbeiträgen befreit. Hunderte Arbeiter wurden von ihrem Leben befreit. Und die ganze deutsche Nation wurde von ihrer Freiheit befreit.“ Kurz und gut: der Faschismus ist eine Freiheitsbewegung.

Die Postangestellten des Amtsbezirkes der Prager Post- und Telegraphendirektion zeichnen auf die Arbeitsanleihe 4.177.800 Kronen auf Abzahlung und über eine Million in bar.

Ein bemerkenswerter Bürgermeister! In der Gemeinde St. Fikzova bei Nagau brannten in der Nacht auf gestern zwei Schiffe, zwei Hauswirtschaften und die Wirtschaftsgebäude des dortigen Gasthauses nieder. Der Schaden beträgt etwa eine Viertel Million Kr und ist durch Versicherung gedeckt. Zu dem Feuer waren sieben Feuerwehren erschienen. Als die Feuerwehren mit dem Löschen beginnen wollten, wurden sie vom Bürgermeister daran gehindert. Die Ursache des Brandes wird untersucht.

Todessturz eines Fabrikanten. Gestern hat sich der 53jährige Industrielle Franz Hohlfeld, Teilhaber der Firma Robert Hohlfeld, Handel mit Web- und Wirkwaren mit der Hauptniederlassung in Georgswalde und einer Hauptniederlassung im ersten Wiener Bezirk, vom 11. Stockwerk eines Hochhauses in Wien in die Tiefe gestürzt. Er blieb tot liegen.

Alpenflug-Verlustliste. Beim österreichischen Alpenflug sind folgende Maschinen verunglückt: das Flugzeug des Italiener Rotti bei Obersteinbrunn, das Flugzeug des Italiener Miziani bei Wildon, das Flugzeug des Italiener Mattioli bei Ager, das Flugzeug des Ungarn Bitan in Friesach, die Maschine des Ungarn Nagy in Haidbrach, das Flugzeug des Polen Balan in Waldbach bei Freibach. Letzteres ist verbrannt. Pilot und Beobachter wurden nur leicht verletzt. Die Besatzungen der übrigen Maschinen blieben unverletzt. Die Maschine des Ungarn Kolmen hatte in Graz einen Kolbendefekt. Die Konkurrenz leidet hauptsächlich unter den sehr schlechten Witterungsverhältnissen.

Nazi-Bannfluch gegen Georg Bernhard. Das Ehrengericht des Landesverbandes Berlin im Reichsverband der deutschen Presse hat gestern Georg Bernhard wegen seiner gegen das neue Deutschland gerichteten „groben Beschimpfungen und Verleumdungen“, die in dem Artikel des „Journal de Genève“ vom 5. d. M. enthalten waren, aus dem Reichsverband ausgeschlossen. „Wegen der Schwere der Verleumdungen, ihres landesverräterischen Charakters und der Niedrigkeit der Gesinnung“, die aus den Ausführungen hervorgeht, ist in dem Urteilspruch erklärt worden, daß Bernhard cum infamia aus dem Verbands ausgeschlossen wird.

13. Verbandstag: „Deutsche Hilfschule.“ Der Verband „Deutsche Hilfschule“ hält am 3. und 4. Juni l. J. in Teplitz-Schönau seinen 13. Verbandstag ab. Am 3. Juni l. J., um 20 Uhr, findet im Beisein der öffentlichen deutschen Volkshochschule (Schulgasse) die Hauptversammlung, hierauf im Großgasthof „Anker“ (Marktplatz) eine Hilfschullehrerversammlung statt. Auf derselben werden aktuelle Hilfschulfragen (die Schul- und Unterrichtsordnung, Lehrakademie, Turnkurs für Hilfschullehrer, amtliche Druckformen, neue Hefte usw.) behandelt. Am 4. Juni um 9 Uhr vormittags wird im Beisein der öffentlichen deutschen Volkshochschule (Schulgasse) eine „Öffentliche Versammlung“ abgehalten, in der Herr Nervenarzt Dr. F. W. Stein, Teplitz, über „Die Pflege des Hilfschulkindes“, Herr Dr. Simon, Direktor des Bezirksberufsberatungsamtes Aussig, über „Berufsberatung für Schwachbegabte“ und Herr Hilfschul-Oberlehrer Eduard Slawitschka, Leitmeritz, über „Die weitere Ausgestaltung unseres deutschen Hilfschulwesens“ sprechen.

Australien-Flug. Einer der besten polnischen Piloten, Major Stanislaus Karpinski, beabsichtigt Ende dieses Monats einen Flug von London nach Australien zu unternehmen. Mit seinem Flugzeug polnischer Konstruktion R-23 will er den Rekord des britischen Fliegers Kingsford Smith, der acht Tage 20 Stunden betrug, überbieten. Die Strecke mißt 23.000 Kilometer. Von Melbourne aus gedenkt dann der Flieger einen Rundflug um Australien durchzuführen.

Goebbels an der Filmkurbel. In einer Massenversammlung der NSD, Hochgruppe Film, sprach Reichspropagandaminister Dr. Goebbels über den Film und führte u. a. aus: Wir wollen der deutschen Kunst eine neue Lebensbasis schaffen. Der heutige Film ist größtenteils nicht Kunst sondern blödeste Gesellschaftskritik. Der Minister betonte weiter, er werde in Kürze mit einem großzügigen Finanzierungsprojekt für die Anurbelung der deutschen Filmwirtschaft sorgen. Der künftige Film müsse typisch deutsches Leben zur Darstellung bringen. Der deutsche Film müsse ein eigenes Gesicht bekommen und dürfe sich nicht mehr in einer geistlosen Nachahmung ausländischer Beispiele bewegen.

600 Fehler verhaftet. In Berlin wurde gestern ein Schlag gegen das erwerbsmäßige Deliktum geführt. Es handelt sich um das sogenannte Scheunenviertel in der Nähe der Berliner Pfandkammer, in dem, wie der Kriminalpolizei schon seit langen Jahren bekannt, die gestohlenen Waren zum größten Teil abgesetzt wurden. Die Durchsuchungen dauerten in den ersten Nachmittagsstunden noch an. Gegen 600 Personen wurden zwangsgesetzt und auf Lastkraftwagen der Polizei zugeführt.

Aufgehobene Bismusplicht. Das Außenministerium macht aufmerksam, daß gegenwärtig die Bismusplicht im Verkehr mit folgenden Staaten aufgehoben ist: Belgien (außer dem Kongo), Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich mit Kolonien, Danzig, Irland, Island, Italien, Japan, Jugoslawien, Litauen, Lettland, Luxemburg, Deutschland, Niederlande, Norwegen, Portugal, Oesterreich, Saar-

Das Maiheft der „Tribüne“

ist soeben erschienen und enthält folgende Beiträge:

- Adolf Hohl †
 - Josef Hofbauer: Die letzte Postion.
 - J. R. (Budapest): Die ungarische Gegenrevolution.
 - Willi Banka: Der händische Gedanke.
 - Rax Adler (Breschburg): Die Statistik im historischen Materialismus.
- Bemerkungen:
- Einstein und die Berliner Akademie. — Das zweite Dasein und der große Befehl. — Korridor und Sozialdemokratie. — Noch einmal: Bemerkungen zu einer sozialistischen Entscheidung. — Soziologie der Renaissance. — Technokratie.
- Bücherschau.

Bestellungen sind zu richten an die Vertrauensleute, Parteisekretäre, Schriftenabteilungen und Volksbuchhandlungen oder direkt an die Verwaltung der „Tribüne“, Prag II. Melazanka 18.

gebiet, Vereinigten Staaten von Nordamerika (ist ein Visum notwendig, wird aber gebührenlos ausgestellt — das bezieht sich nicht auf Auswanderer), Spanien (außer Marokko), Schweden, Schweiz (ist ein Visum mit bei Antritt einer Stellung notwendig), Vatikan, Großbritannien mit Dominien, Kolonien, Protektoraten und Mandatsgebieten außer Indien, Australien und unter dessen Hoheitsgebiet fallende Inseln, Neu-Guinea, Palästina und Transjordanien. Für Kanada ist ein Visum notwendig für Auswanderer, für Malta bei erwerbstätigen Personen. Nicht notwendig ist ein Visum für Uruguay.

Verkehrsunfälle. Umweil des Ortes Wien in der Wroner Gegend stürzte ein Autocar zu einem 10 Meter tiefen Graben. Dreiundzwanzig Personen — meistens Studenten — wurden verletzt, einige von ihnen schwer.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag.

Prag: 6.35 Gymnastik, 11.00 Orchesterkonzert, 17.45 Schallplatten, 18.00 Deutsche Sendung: „Verlobung bei der Laterne“, Operette von Offenbach, 19.30 Dudelsack-Ensemble, 19.55 Militärkonzert, 21.15: Spielen oder nur zuhören? 22.20 Populäre Kompositionen tschechischer Autoren. — Brünn: 9.15 Konzert, 10.10 Lieber und Arien, 18.00 Deutsche Sendung: Orchesterkonzert, 19.30 Lustige Musik von heute. — Mähr.-Odrau: 16.00 Orchesterkonzert, 20.55 Klavierkonzert. — München: 20.00 Orchesterkonzert, 21.15 Bohrische Balladen. — Leipzig: 16.30 Choronzert. — Hamburg: 17.20 Blasenzert. — Breslau: 20.00 Volksstämmliches Konzert. — Wien: 15.30 Kammermusik, 20.30: Lieber und Arien.

Weitere Investitionsarbeiten aus dem Ertrage der Arbeitsanleihe

Anfangs April 1933 wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die Regierung sofort nach Ausschreibung der Arbeitsanleihe beschleunigt alle Maßnahmen getroffen habe, damit es möglich werde, an die Ausschreibung, Vergabe und Durchführung von Investitionsarbeiten und Bauten aus der Arbeitsanleihe zu schreiten. Die Regierung hielt es nicht für zweckmäßig, das Endergebnis der Ausschreibung abzuwarten, sondern beschloß, mit der Durchführung der Investitionsarbeiten in Etappen zu beginnen.

Infolgedessen wurde in der Sitzung des Ministerrates vom 7. April 1933 die Zustimmung zur sofortigen Ausschreibung, Vergabe und Durchführung von Arbeiten aus dem Ertrage der Arbeitsanleihe für die erste Etappe im Betrage von 106.114.200 K gegeben, wie der Öffentlichkeit bereits mitgeteilt wurde.

Nach Genehmigung dieser Bauten und Arbeiten wurde sofort an die Vorbereitung der zweiten Etappe geschritten, über die in den Sitzungen des Komitees der Wirtschaftsminister vom 20. April und 15. Mai 1933 beraten wurde. Es handelt sich um die Ausschreibung, Vergabe und Durchführung folgender Investitionsarbeiten:

1. Verbesserungen von Staatsstraßen zu Lasten des aus der Arbeitsanleihe gewonnenen Straßensfonds, und zwar:
 - a) Regulierungsarbeiten an Staatsstraßen im Voranschlagsbetrage von 90.000.000 Kronen.
 - b) Ergänzende Anstreicharbeiten bei Staatsstraßen im Voranschlagsbetrage von 33.000.000 K;
 - c) Oberbau und Walzarbeiten auf Staatsstraßen im Voranschlagsbetrage von 25.500.000 Kronen.
2. Weitere Eisenbahninvestitionen, die zur Verbesserung und Beschleunigung des Verkehrs notwendig sind. Zu diesem Zwecke wurden aus der Arbeitsanleihe 246.100.000 K bewilligt.
3. Investitionsarbeiten zu Lasten des staatlichen Fonds für wasserwirtschaftliche Meliorationen, für welchen Zweck 63 Millionen zugewiesen wurden.
4. Investitionsarbeiten und Bauten der territorialen Selbstverwaltungsverbände, wofür in der zweiten Etappe im ganzen 95.785.202 Kronen reserviert werden. Wenn also der Betrag von 46.525.000 K aus der ersten Etappe hinzugezählt

wird, ergibt sich eine Gesamtsumme von 142.810.202 Kronen, die aus dem Ertrag der Arbeitsanleihe für Investitionsarbeiten der Selbstverwaltung gesichert ist.

Der Gesamtwert der erwähnten Investitionsbauten und Arbeiten beläuft sich auf 553.385.202 Kronen. Nach Hinzuzählung des Betrages von 106.114.200 K aus der ersten Etappe, gelangen wir zur Gesamtsumme von 659.499.402 K, die bis zum heutigen Tage für die oben erwähnten Investitionsarbeiten aus dem Ertrage der Arbeitsanleihe bereitgestellt wurde.

Die zuständigen Ressorts befaßten sich unter Mitwirkung des Finanzministeriums mit der Vorbereitung weiterer Investitionsarbeiten. Das Ergebnis wird der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Es muß hinzugefügt werden, daß außerdem eine Reihe von Investitionsarbeiten aus Voranschlagsmitteln durchgeführt werden. Es sind dies vor allem Verbesserungen von nichtstaatlichen Straßen im Voranschlagsbetrage von etwa 109.500.000 K, wovon der Straßensfonds aus seinen laufenden Einnahmen 79.300.000 K zur Verfügung stellen wird. Aus Mitteln des staatlichen wasserwirtschaftlichen Fonds wurden in letzter Zeit Arbeiten im Werte von 52.000.000 K ausgeführt. Dazu kommen noch weitere Wasserbauten und Arbeiten in Millionenteilen, die ebenfalls der staatliche wasserwirtschaftliche Fonds durchführen wird. Dem staatlichen Fonds für wasserwirtschaftliche Meliorationen werden noch 25.000.000 K zur Verfügung stehen, die neben den oben erwähnten 63.000.000 K noch anderweitig beschaffen wurden. Für den Bau von staatlichen Brücken wurden 5.000.000 K frei gemacht. Auf den Bau von Minderheitschulen entfallen aus dem Teilbudget des Ministeriums für öffentliche Arbeiten 4.400.000 K. Vom Budget des Unterrichtsministeriums wurden die notwendigen Mittel zur Durchführung von Schulbauten in der Slowakei bewilligt.

Weitere Bauten zu Lasten der Voranschlagsmittel werden vorbereitet, denn es besteht das Bestreben, aus allen Kräften und mit allen Mitteln, die zur Verfügung stehen, der Arbeitslosigkeit durch Investitionsarbeiten zu begegnen.

Für Funktionäre der Selbstverwaltung. Abstimmung in der Gemeindevertretung.

Frage: Werden die sich der Abstimmung enthaltenden Mitglieder sowie der Vorsitzende zu den Anwesenden gezählt und bei Bestimmung des Stimmverhältnisses mitgezählt?

Antwort: Nach der Bestimmung des § 48 der böhmischen Gemeindeordnung ist zu einem gültigen Beschluß die Mehrheit der von den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern abgegebenen Stimmen notwendig. Da der Vorsitzende nur bei Stimmgleichheit das Stimmrecht hat, kann er in allen anderen Fällen nicht zu stimmberechtigten Mitgliedern gezählt werden. Sind also in einer Sitzung mit den Vorsitzenden 12 Mitglieder anwesend, so genügen zum Beschluß 6 Stimmen. Der Vorsitzende, der sich der Abstimmung enthalten wird, wird so behandelt wie diejenigen, welche gegen den Antrag gestimmt haben. Wenn also von 11 anwesenden Mitgliedern (mit den Vorsitzenden) 5 für und 3 gegen den Antrag gestimmt und sich 2 der Abstimmung enthalten haben, so sind die Stimmen gleichgeteilt und der Vorsitzende kann entscheidend entscheiden und der Vorsitzende nicht, dann ist sein Beschluß zustande gekommen.

Das Oberste Verwaltungsgericht hat mit Erkenntnis vom 2. Februar 1927, Zahl 1805, Boh. 6273, im Sinne der vorangeführten Rechtsauslegung entschieden und in der Begründung unter anderem angeführt:

Mit dem Beschluß der Bezirksverwaltungscommission in Z. vom 30. April 1925 wurde über Berufung des A. P. und anderer Steuerträger in Z. der Beschluß der dortigen Stadtvertretung vom 9. April 1925, mit welchem das Offert des Schwärzleders zur ausschließlichen Lieferung elektrischen Stromes an die Gemeinde für die folgenden 30 Jahre für fest bestimmte Preise angenommen wurde, aufgehoben. Die vom Schwärzleder eingebrachte Berufung wies die belangte Behörde mit der angefochtenen Entscheidung ab.

Beide Berufungsinstanzen erlauben auf Aufhebung des Gemeindevertretungsbeschlusses aus dem Grunde, weil dieser Beschluß nicht gültig zustande kam, wie es § 48 der böhmischen Gemeindeordnung vorschreibt, und zwar mit mehr als der Hälfte der Stimmen der anwesenden Gemeindevertretungsmitglieder, weil, abgesehen vom Vorsitzenden, von den anwesenden 20 Mitgliedern nur 13 für die Annahme des Offerts gestimmt haben. Die Behörde sucht demgegenüber nachzuweisen, daß die gesetzliche Mehrheit erreicht wurde, und zwar deswegen, weil sich 5 Mitglieder der Abstimmung enthalten haben, weshalb sie nach Ansicht der Behörde den anwesenden Mitgliedern nicht zugerechnet werden können. Diese Ansicht steht aber im Widerspruch mit dem Gesetze, denn wenn sich ein Mitglied freiwillig der Abstimmung enthält, kann es deshalb nicht als abwesend angesehen werden. Wenn die Behörde zur Begründung ihrer Ansicht auf das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes Bd. 11. 195 hinweist, übersieht sie, daß in diesem Erkenntnis ausgesprochen wurde, daß der Vorsitzende nur in jenen Fällen nicht zu den Anwesenden gerechnet werden könne, wo er keine rechtliche Möglichkeit hat, seine Stimme abzugeben. Dieser Grundsatz findet aber auf Mitglieder keine Anwendung, die sich freiwillig der Abstimmung enthalten haben, im Sitzungssaal aber anwesend bleiben, wie es hier der Fall war.

-21-

Sonderbare Wirtschaft in einem staatlichen Betrieb.

Unterschlagung oder Schlamperie? - Die Abgänge in der Brschowitzer Postautoverwaltung.

Prag, 18. Mai. Heute begann vor dem Senat des OGH. Kapitel der Prozedur gegen den 33-jährigen Postassistenten Wenzel Mareba, dem eine riesenhafte Amtsdarunternehmung zur Last gelegt wird. Gestört ist der Fall, der verlagert werden mußte, noch lange nicht, zumal die Sachverständigen noch ganze Stöße von Akten zu begutachten haben werden. Indessen läßt sich schon heute sagen, daß in der Amtsführung des geschädigten staatlichen Betriebes, nämlich der Brschowitzer Postautomobilverwaltung, recht sonderbare Zustände geherrscht haben müssen, wenn seit dem Jahre 1928 nicht weniger als 247.132,55 K verschwinden konnten, ohne man stutzig wurde. Und zwar war es das Oberste Rechnungskontrollamt selbst, das über die Abgänge der sonstigen beaufsichtigenden Instanzen weg ein Haar in der Suppe fand und eine strenge Revision durchführte, die das besagte Resultat zeitigte.

Mareba war Stellvertreter des Amtsvorstandes und führte als solcher seit 1928 die Rechnungsführung und Geldgebarung der Postautoverwaltung in Brschowitz, der mehrere Linien unterstanden. Die Anklage legt ihm zur Last, in dieser Zeit verschiedene Manipulationen mit Rechnungen durchgeführt zu haben. Teils habe er solche Rechnungen fingiert, teils falsierte Rechnungen verschwinden lassen u. dgl. mehr. Auch beschuldigt ihn die Anklage, einen Betrag von 10.266 K, der von der „Edna“ (Internationale Luftfahrtgesellschaft) abgeführt worden war, nicht verbucht, verschleierte Vorschüsse an die ihm unterstellten Kaufleute unterschlagen und eine ganze Reihe anderer Veruntreuungen begangen zu haben.

Der Angeklagte, der sich in Untersuchungshaft befindet, leugnet indessen jede Schuld. Er gibt ohne weiteres die Fehlbeträge zu, erklärt aber, daß Fehler in der Amtsführung bei seiner ungenü-

genügenden Ueberlastung einfach nicht zu vermeiden waren. Er habe wohl oder übel sich auf fremde Personen verlassen müssen. So seien Rechnungen, mit denen er belastet war, verschwunden und Irrtümer geschehen, die nicht wieder gutgemacht werden konnten.

Schon im ersten Jahre seiner Wirtschaft habe er gewußt, daß ein rechnungsmäßiges Defizit von etwa 100.000 K vorliege, habe aber nicht den Rat gehabt, Meldung zu erstatten, weil ihm niemand Glauben geschenkt haben würde.

Wesentlich habe er nicht einen Heller veruntrent. Es müssen tatsächlich horrible Zustände in dem Amt geerricht haben, was selbst der Vorsitzende nach dem geringen, bisher festgelegten Material in sehr bestimmter Art konstatierte.

Zugleich mit dem Verhörungsbeschlusse, beschloß das Gericht, die Akten an die Untersuchungsrichter zurückzugeben zu lassen, welcher unter Beihilfe von vier Sachverständigen das ungenügende Material zu bearbeiten und zu ergänzen haben wird. Der Angeklagte, der seit 30. Dezember v. J. in Untersuchungshaft war, wurde auf Beschluß des Gerichtshofes auf freien Fuß gesetzt. Seine Vorgelegten stellen ihm das Zeugnis eines tüchtigen, erfahrenen und pflichtgetreuen Beamten aus.

Uebrigens ist Mareba auch in seinem Privatleben ein recht unglücklicher Mensch. Seine Frau stand vor einigen Jahren unter Morданanlage vor den Geschworenen. Durch lange Jahre verführte Mareba sie durch die Schuld seiner Frau gänzlich gerührte Ehe trennen zu lassen. Die Scheidung wurde zwar durchgeführt, aber zu der Ehetrennung verweigerte die Frau ihre Zustimmung aus finanziellen Gründen. Endlich konnte die Trennung auch gegen ihren Willen doch durchgeführt werden - aber unter sehr tragischen Umständen. Denn sie erlitt ihren Selbstmord und kam deshalb auf die Anklagebank. Die Geschworenen sprachen sie damals aber frei.

Die Herrenpartie.

Drei Sachsen machten einen Ausflug miteinander. Der eine war Oberlehrer, der andere Bäckermeister, der dritte Bücherrevisor.

In einem Wald liegen sie sich an einer Stelle zu guter Raft nieder, an der ein Wegweiser stand. Diefem Wegweiser war aufgeschrieben: Holzhaus zur Linde, 850 Meter!

Wie die Drei so im Grase lagen und das Schild immer vor Augen hatten, sagte nach einer Weile langen Schweigens der Bücherrevisor: „Das awr määrgwäärdich! Achthunddruffsch! Ausgerechnet achthunddruffsch! So habb je och da jamaal de Heere for Ferdeng gesehen, die mir da jamaal schdermd! Frii Schbugge, war das eme lausse Heid. Un vielviel da jamaal gabudd gegang sinu drei . . .“ Er schloß für einen Augenblick die Augen und schaute dann träumend ins Weite.

„Achthunddruffsch!“, erinnerte sich daraufhin der Bäckermeister. „Das is och eme Zahl, die for mich Bedeutung habb. Anfangs der Fußlederjohn b'nch bei achthunddruffsch, gerade bei achthunddruffsch, in Richbega Mondan geschbdein,

das weesch noch wie heide.“ Er lächelte beiseit. Da hoch e schein Jeng dran rdiend.“

„Achthunddruffsch!“, flocht der Oberlehrer bedenklich an. „Lassse mich da eme ierwiesch. Achthunddruffsch! achthunddruffsch for Crisduß grinde Dido Gardago. E dengswäärdichs Ereignis.“

Dann schwiegen die Drei wieder. Schwiegen und ließen sich die milde Frühlingsluft um ihre Waden blasen.

Bis der Bäckermeister eine Karte aus seiner hinteren Hosentasche kramte und „Na da“ sagte: „Na da woll mir nur e Zeigge machn un wer geriecht achthunddruffsch! Bungebe hat, der geriecht som Schlochsdän heide sei Middachessen bezahlt.“

Da schaute der Bücherrevisor nicht mehr träumend ins Weite, da verlor sich der Glanz in des Bäckermeisters Auge, da grübelte der Oberlehrer nicht länger. „Also los“, nickte er vielmehr. „bis achthunddruffsch!“, achte der Bücherrevisor und hob schon ab.

Die Drei hatten sich wieder einmal gefunden.

Anschluß 12 Uhr 3.

Von Ernst Ludwig Anger.

Der kleine, dicke Herr, dessen runder Schädel so lach und blank war wie eine Billardkugel, dieser sympathisch-rundliche Mann, der anfänglich so gemächlich war, der tauend Jahre alte Wiße in einer Art erzählt hatte, daß man ihm einfach nicht böse sein konnte - jetzt begann er allmählich, seinen Mitreisenden auf die Nerven zu fallen. Daß er seinen rechten Spah mehr an der Eisenbahnfahrt hatte, das war ja immerhin begreiflich. Wenn so Stunde für Stunde weiter nichts als Wißen, endlose Felder, endlose Kiefern- und Tannenwälder am Fenster vorbeisagelten, wird das auf die Dauer langweilig. Aber daß er schließlich auch noch mit unhöflicher Miene, mit einem unbegreiflichen Jörn die Gesichter der anderen musterte, ihre Gespräche, ihre Frauen mit gleichgültiger Handbewegung abtat, das verstimme.

Immer häufiger zog er seine Taschenuhr, klappte sie auf, stierte das Zifferblatt an, kuzzte, schüttelte den Kopf, barg die Uhr schließlich wieder in der Westentasche. Dies aufreizende Schauspiel wiederholte er schließlich alle drei Minuten. Endlich sagte er Mut, schnauzte und wandte sich an sein Gegenüber. Das war ein Mann, der ausah wie ein Bankdirektor. In Wahrheit war er freilich ein Quäker aus U. S. A. oder so etwas Rehnliches. Der mit seiner blindehürren und ausnehmend häßlichen Frau auf sechs Wochen herübergekommen war, um, wie er sich ausdrückte, Europa zu sehen.

„Ist es wirklich schon fünf noch halb zwölf?“ fragte der Dicke den Amerikaner.

Der warf einen Blick auf seine Uhr. „Nein Sir“, sagte er knapp.

„Rein Gott“, jammerte der Dicke. „Ich komme zu spät . . .“

„Niemand kommt zu spät“, sagte der andere bloß.

„Aber ich veräume den Anschlußzug“, brüllte der Dicke.

„Man veräume niemals etwas“, gab der amerikanische Philosoph zu bedenken.

Die anderen Passagiere grinsten. Aber dem Dicke schoß eine zornige Welle Blut in die Stirn. Er brummte etwas vor sich hin, das niemand verstehen konnte. Es war bestimmt keine Schmeichelei.

Dann kam der Schaffner vorbei und der Dicke stürzte hinaus auf den Gang. „Der Zug hat Verspätung“, bellte er. „Werden wir um zwölf in Duchero sein? Zwölf drei geht mein Anschlußzug.“

„Ich weiß nicht“, sagte der Schaffner. „Wir haben zwanzig Minuten Verspätung, das wird sich jetzt nicht mehr einholen lassen.“

„Aber wird der Anschlußzug wenigstens warten?“

„Ich weiß nicht.“ Der Schaffner blieb furchtbar geduldig: er hatte einen reichen Erfahrungsschatz angesammelt, was den Umgang mit aufgeregten Passagieren anbelangt. „Er wird wohl nicht warten können - die Strecke ist eingeleisig und der Fahrplan bedingt . . .“

„Ich mache die Bahn verantwortlich“, brüllte der Dicke aufgeregt. „Ich habe ein wichtiges Geschäft zu erledigen. Wenn ich den Anschluß verpasse, geht es mir in die Binsen. Ich werde die Bahn verklagen . . .“

Der Schaffner zuckte nur mit den Schultern. „Höhere Gewalt“, murmelte er. „Aber natürlich bleibt es Ihnen unbenommen, diejenigen Schritte zu ergreifen, die Sie für notwendig halten. Schriftlich, bei der Eisenbahndirektion, wenn ich bitten darf.“

Er hatte Mühe, sich loszumachen. Der Dicke, aufgeregt und erbitzt, stand im Gang herum. Er hatte das Fenster heruntergelassen, der einströmende Wind wehte ihm über sein rotes Gesicht. Ihm war sehr heiß und immer wieder wischte er sich kleine Schweißperlen von der Stirn. Die Uhr ließ er überhaupt nicht mehr aus der Hand.

Schon eine Viertelstunde, bevor man sich der Station näherte, packte der Dicke seine Siebensachen zusammen. Stedte sich eine Zigarette an

und warf sie fünf Sekunden später wieder weg. Er war viel zu nervös, um zu rauchen.

Als der Zug endlich einlief, riskierte der Dicke fast sein Leben, um, mit Mantel, Sack und Handkoffer bepackt, noch im Frachen abzuspringen. Stürzte zu dem Mann mit der roten Mütze, dem Fahrleitersleiter. Beicete mit leuchtendem Atem sein Sprüchlein her.

„Vor zehn Minuten abgefahren“, sagte der Notmüßige. „Es war leider nicht möglich, länger zu warten. Nächster Zug achzehn zwanzig.“

Der Dicke sah ihn entsezt an. Schrie wieder, daß er sich beschweren werde, daß er die Bahn für den entgangenen Geschäftsgewinn verantwortlich machen werde. Verlangte das Beschwerdebuch, gab es wieder zurück mit dem Bemerkung, daß er die Angelegenheit seinem Rechtsanwält übergeben wolle. Ging dann tobend, brummend, schimpfend hinüber, zum Wartesaal.

Er hatte zwanzig oder dreißig Leidensgefährten, die sein Schicksal teilten, die dieselbe Strecke fahren wollten. Aufgeregt schnatternd saßen sie an den weißgedeckten Tischen, kritisierten heftig die Bahn und alles, was damit zusammenhing. Aber da nun endlich das Essen kam, das die meisten bestellt hatten - da vergaßen sie ihren Mißmut und waren lebhaft bemüht, aus dieser unerwarteten und unwillkommenen Situation das Beste zu machen.

Der Dicke verfügte nicht über diese glückliche Gabe. Er saß vergrammt vor seinem Bier - zum Essen spürte er keinen Appetit - und grübelte nach. Hielt es endlich nicht länger aus und lief hinaus, auf den Bahnsteig.

Da war es mit einem Male sehr lebhaft geworden. Der Fahrleitersleiter und allerhand uniformierte Leute liefen umher, die Glocken des Bahntelegraphen schrillten, eine Lokomotive schaute heran, legte sich vor einen Wagen, an dessen Seite ein großes rotes Kreuz leuchtete.

Der Dicke befragte einen Beamten, der ihn etwas unvorsich abwieß. Endlich gelang es ihm mit Hilfe eines Trinkgeldes und einer guten Zigarette den Mund eines der Uniformierten zu öffnen. „Ein Eisenbahnunglück“, flüsterte der aufgeregt. „Der Zwölfdrei ist vierzig Kilometer

Die Unzufriedene
Das Wochenblatt der Frau
kostet nur 60 Heller
Redaktion und Verwaltung:
Prag II., Nekazanka 18.

Gerichtssaal

Die Schwachsinrige und der § 144.

Warum muß es solche Tragödien geben.

Prag, 19. Mai. Die Hauptperson dieses Falles kann vor seinem Gericht mehr erscheinen, denn sie moberet bereits ein Jahr. Abtreibung mit tödlichem Ausgang. Heute stand vor dem Senat des OGH. Kapitel die Hebamme, Antonie Kral, die den Eingriff vorgenommen hatte, unter Anklage nach § 144. Mitangeklagt war die Mutter der Getöteten, die 50jährige verwitwete Landarbeiterin Marie G. wegen Beihilfe.

Ihre 23jährige Tochter Martha, die schon achtsinnig war, war bereits vor einigen Jahren einmal schwanger geworden und ihre Mutter hatte schon damals das schwachsinrige Mädchen zu der Hebamme gebracht, welche aber den Eingriff ablehnte. Tatsächlich brachte Martha G. damals ein Kind zur Welt, welches die Zahl der hungrigen Mäuler in dieser Familie, die ohnedies schwer um ihre Existenz zu kämpfen hatte, vermehrte. Das Unglück wiederholte sich im vorigen Jahr: die Schwachsinrige kam zum zweiten mal in die „Koffnung“, wenn dieses Wort in solchem Zusammenhang erlaubt ist.

Nun blieb als einzige Zuflucht der schwere Weg zur „Delferin“, denn es gibt ja derzeit noch keine Einrichtungen, die eingreifen könnten, um selbst in so extremen Fällen, wo die eugeneische und die soziale Indikation vorliegen, den Eingriff sachmännlich und hygienisch zu vollziehen. Diesmal ließ sich die Hebamme überreden. Die Folge der Operation war eine schwere Blutvergiftung und Laichfellenentzündung, die nach vierwöchigem Leiden mit dem Tode der armen Schwachsinrigen endete. Die Folge war, daß außer der Delferin auch die Mutter der Verstorbenen angeklagt wurde, weil sie an der Vollziehung des verbotenen Eingriffs mitgewirkt habe. Die Hebamme war außerdem noch des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens angeklagt.

Die ärztlichen Sachverständigen äußerten sich dahin, daß eine unsachmännliche Handlungsweise der Delferin nicht nachzuweisen sei, zumal in Anbetracht des Geisteszustandes der Operierten anzunehmen sei, daß sie sich selbst die Komplikationen durch fehlerhaftes Verhalten zugesogen habe. Damit war dem zweiten Bestandteil der Anklage der Boden entzogen und die Hebamme wurde in diesem Punkte freigesprochen. Die Hauptanklage des Eingriffs selbst blieb aber natürlich aufrecht. Das Urteil lautete auf drei Monate Kerker, bedingt auf zwei Jahre. Offenbar hat sich die Delferin mehr aus Mitleid, als durch Gemeinnut zu der Operation verleiten lassen, wie ihre frühere Weigerung und auch das geringe Entgelt, das sie beanspruchte, dartun. Was die Mutter betrifft, so gelangte der Gerichtshof zu einem Freispruch, weil eine Schuld durch das Beweisverfahren nicht voll zu erweisen war.

rb.

von hier entgleist - eine geladerte Tasche oder so etwas. Es sollen eine ganze Menge Passagiere verunglückt sein - der Speisewagen hat am meisten abgenommen, so weit ich weiß.“

„So . . . so . . . der Speisewagen“, murmelte der Dicke mit stierem Wid. Seine Stimme war felsam trocken und heiser - ihm kam es vor, als wäre es überhaupt nicht seine eigene Stimme. Als wäre es die eines völlig Fremden.

Und dann dachte er daran, daß es sein Vorhaben gewesen war, in eben diesem Speisewagen Mittag zu essen. Und wie er daran dachte, war es ihm plötzlich, als lege sich eine kalte, harte Hand fest und klammernd um seinen Hals - er atmete schwer, ein paar Sekunden lang. Bis der Druck nachließ und ein wunderbar beseligendes Gefühl ihn durchströmte. „Ich lebe ja noch - ich lebe ja noch.“

Er dröfelte dann noch umher, auf dem Perron und vor dem Empfangsgebäude. Bis ihn jemand knapp und höflich bat, sich in den Wartesaal zu verfügen - der Bahnhof müsse abgesperrt werden.

„Sechs Tote und mehr als zwanzig Verletzte“, war das letzte, was er von seinem Gewährsmann erfuhr. Niemand, der sich im Speisewagen aufhielt, ist ganz verschont geblieben.“

Der Dicke schauderte - er hatte durchaus nicht Lust zuzuschauen, wenn man die Opfer der Katastrophe, in Tücher gehüllt, auf der Bahre heraustrug.

Im Wartesaal wußte man noch nichts. Der Amerikaner, dieser, der dem Dicke vorher gegenübergeessen hatte, konnte es sich nicht verkneifen, ihn ein wenig spöttlich zu begrüßen.

„Also doch: Anschluß verpakt!“ sagte er. Der Dicke betrachtete ihn ruhig. „Glücklicherweise!“ erwiderte er ohne Jörn und mit so echter, aus dem Innern hervorbrechender Dankbarkeit, daß der U.S.A. Mann verständnislos den Kopf schüttelte. „Die Mentalität dieser Deutschen wird man nie begreifen“, sagte er bozierend zu seiner Frau. Und widmete sich dann erneut dem Genuß des Bieres, den ihm die Prohibition in der Heimat verwehrte.

PRAGER ZEITUNG.

Die armen Bankdirektoren!

Die Großverdiener gegen die kleinen Angestellten.

Ist dies nur ein Scherz oder sollte es wirklich möglich sein? Immer häufiger kann man in letzter Zeit dieser Behauptung begegnen. Die Herren Bankdirektoren sorgen dafür, daß sie publik wird. Besonders wichtig erscheint ihnen dies deswegen, weil sie eben zu einem Generalangriff auf die Bezüge der Subalternangestellten ansetzen und da muß doch der Boden vorbereitet werden. Die Herren sind klug genug, sich in allgemeinen Phrasen über diese Opfer zu ergehen, ohne genaue Ziffern über ihre Höhe zu nennen, wie sie es denn überhaupt, auch ihren eigenen Angehörten gegenüber, ängstlich vermeiden, Details über die Höhe der Bezüge des Leitungsapparates bekanntzugeben.

Da sich in den Banken zweifellos wichtige Auseinandersetzungen über Regiefragen zwischen den Bankleitungen und den Bankangestellten vorbereiten, ist es interessant und notwendig, die angeblichen Opfer der Bankdirektoren und ihre Bezüge gründlich unter die Lupe zu nehmen. Bei einer solchen Betrachtung muß man von der Tatsache ausgehen, daß die leitenden Bankfunktionäre vom Umsturz bis zum Jahre 1930, also über zehn Jahre

die Konjunktur im Bankgewerbe in ganz unerhörter Weise zum Schaden der Institute und der Subalternangestellten ausgenützt

haben. Von der Höhe der Beträge, die den Instituten in diesem Zeitraum durch die leitenden Funktionäre entzogen worden sind, kann man sich ungefähr eine Vorstellung machen, wenn man sich vor Augen hält, daß die leitenden Direktoren in diesem Zeitraum aus ihren Banken Einkommen von ungefähr K 2.000.000.— jährlich bezogen haben. Von diesen Spitzenbezügen, die die Herren als verantwortungsbewusste Bankleiter niemals hätten nehmen dürfen, und die in jeder Hinsicht unangemessen hoch waren, gehen die Herren aus und bezeichnen alles, um was ihr heutiges Einkommen hinter jenen Mammutziffern zurückbleibt, als Opfer. Daß die Bezüge dieser Herren, auch nachdem sie dieses angebliche Opfer gebracht haben, unter Hinzurechnung der Steuern, die die Bank für sie bezahlt, noch nahezu eine Million K 6 und in einzelnen Fällen sogar darüber betragen, wird wissenschaftlich verschwiegen. Eine Vorstellung von der Höhe der Bezüge des Leitungsapparates und damit auch von dem Ausmaß dieser angeblichen Opfer bekommt man, wenn man die auf die Funktionäre entfallende Personalregie der Böhmischen Escompte-Bank und Credit-Anstalt, der Böhmischen Union-Bank oder der Länderbank, die gegenwärtig im Mittelpunkt des Interesses stehen, überprüft. Bei einer Funktionärregie von über K 21.000.000.— in der Böhmischen Escompte-Bank und Credit-Anstalt ergibt sich bei ungefähr 140 Funktionären ein

Durchschnittseinkommen von über 150.000 Kronen für einen Funktionär.

Kunst und Wissen

„Verlobung im Traum.“

Opern-Uraufführung im Prager Deutschen Theater am 18. Mai.

Das Prager Deutsche Theater hat bei der ersten nach mehrjähriger Pause erfolgten Opern-Uraufführung heimische Autoren berücksichtigt: den Komponisten Hans Krása und die Librettisten Rudolf Fuchs und Rudolf Thomas. Ihr gemeinsames Werk heißt schlichtweg „Oper“, trägt den Titel „Verlobung im Traum“ und ist nach einer Novelle des russischen Dichters Dostojewski verfaßt (der Klavierauszug der Oper ist in der Wiener Universaledition erschienen). Die „Verlobung im Traum“ ist nicht der erste Fall einer Veroperung Dostojewski'scher Dichtung, der scheidende Tonsetzer Ottor Serenelli hat erst vor wenigen Jahren Dostojewski's berühmten Roman „Brüder Karamasoff“ als Opernbuch verwendet. Die Gefahren der musikalischen Umwertung Dostojewski'scher Dichtungen liegen auf der Hand; denn ethische, soziale, politische oder religiöse Probleme, wie sie Dostojewski in seinen Werken stellt, lassen sich musikalisch kaum ausdeuten oder schildern. In der „Verlobung im Traum“ sind es ethische Probleme die behandelt werden, wie die Textdichter gleich im Prolog der Oper mitteilen: „Was ist gut, was ist böse?“ oder „Neder handelt, wie er muß“. Aber die Textdichter haben Dostojewski's Prosa in nicht immer gelungene Verse übertragen. Nur ein Beispiel: „Es wird ein Netz gesponnen, das soll nicht an die Sonnen. Im Trüben läßt sich gut finden, das Fischlein darf nicht entweichen.“

Die Handlung der Oper ist in Kürze folgende: Marja Alexandrowna hat den Ehrgeiz, ihre schöne Tochter Sina einem alten, aber reichen Fürsten zu verheiraten. Sina, die Vielbegehrte, hat schon manchen Korb ausgeleitet, darunter auch einen an einen Verwandten des Fürsten namens Paul, ihr richtiger Geliebter ist ein armer, lungenkranker Lehrer. Der ehrgeizigen Mutter gelingt es, ihre

Wenn man weiter bedenkt, daß von diesen Funktionären ein bedeutender Teil, vor allem die Funktionäre der Filialen, weit unter diesem Durchschnitt liegen, bekommt man aber auch ein Bild über die Höhe der Bezüge des Leitungsapparates. Man bekommt ihn aber auch, wenn man hört, daß nur der Betrag, den die Bank als Krisenzuschlag zur Einkommensteuer für fünf leitende Direktoren der Zentrale bezahlt, Kronen 1.300.000.— beträgt.

Die Herren scheinen zu übersehen, daß sie in der gleichen Zeit, in der sie zum Schaden der Aktionäre und der Angestellten einen so ungeheuerlichen Raubbau an den Instituten getrieben haben, in der ihre Bezüge eine ständig aufsteigende Linie aufwiesen, die Bezüge ihrer Angestellten niemals so geregelt haben, daß sie auch nur annähernd den Friedensbezügen entsprochen hätten.

Uebervalorisierung der Bezüge bei den Funktionären, Untervalorisierung bei den Subalternangestellten.

kennzeichnet die Regieverteilung in den Banken.

Die unzureichenden Reservecfonds der Banken, die unterdeckten Pensionsfonds der Angestellten, die Dividendenlosigkeit der Aktionäre, die Verschuldung der Subalternangestellten und ihre bescheidenen Bezüge auf der einen, die Schlösser, Billen, Luxusautomobile, die immensen Vermögen und Einkommen der Bankdirektoren auf der anderen Seite sprechen eine berede Sprache über die Art der Geschäftsführung der Bankgewaltigen.

Und nun wollen sich die Herren Bankdirektoren auf die Gehalte ihrer Angestellten stürzen und sie abbauen. Die Vertreter der Angestellten werden in den bevorstehenden Verhandlungen mit ihren Direktionen sicherlich keinen leichten Stand haben. Sie werden aber hart sein und darauf bestehen müssen, daß in die Regie der Banken Ordnung gebracht wird.

Protestversammlung der Bankbeamten.

Gestern fand eine massenhaft besuchte Protestversammlung der Bankangestellten im Saal auf der Slowischen Insel statt, die gegen die bekannten Gehaltskürzungspläne der Escomptebank, Unionbank und Länderbank Stellung nahm. An der Demonstration beteiligten sich sämtliche drei Verbände. Die Referate der neun Versammlungsredner wurden mit außerordentlicher Teilnahme angehört und mit stärkester Zustimmung bedacht. Nach fast dreistündiger Dauer wurde die Versammlung, die höchst interessantes Material zutage brachte, gegen 10 Uhr geschlossen. Ueber den Verlauf der Kundgebung werden wir morgen eingehend berichten.

Tochter zu überzeugen, daß man mit dem Gelde des Fürsten dem armen Geliebten am besten helfen könne; und der alte, idiotische fürstliche Begehrte läßt sich durch Alkohol und Sina's schönen Gesang leicht fähren, Sina einen Heiratsantrag zu machen. Wenn nicht neidische und boshafte Gegenspieler da wären, den Plan zuhänden zu machen; eine Schwägerin Nastassja und der abgewiesene Freier Paul. Dieser redet dem Fürsten ein, daß diese ganze Verlobungsangelegenheit mit Sina ihm nur geträumt habe, was der Fürst auch vor dem verammelten Volke erklärt. Als die Mutter dieser Auffassung entgegentritt, bekennet Sina offen die unlauteren Absichten dieser Heiratsgeschäfte, was den Fürsten aber nicht irritiert. Im Gegenteil findet er das ganze entzückend und rührend, wirklich wie einen schönen Traum, da er als alter, gedrückter Mann doch nie an die Wirklichkeit zu glauben gewagt hätte. Der Tod des Geliebten und Schullehrers, der Sina nach dieser fürstlichen Traumverlobung gemeldet wird, könnte die Oper tragisch schließen. Aber in einem Epilog wird ein satirischer Schluß ange deutet: daß es der ehrgeizigen Mutter schließlich doch nach Jahren gelingen ist, Sina an einen reichen alten Würdenträger zu verheiraten.

Dieser Handlung gegenüber hatte der Komponist nur zwei Möglichkeiten der musikalischen Interpretation: a: die satirische oder die lyrische, denn die dramatische als dritte Möglichkeit war im Hinblick auf die Schlußwendung des Epilogs ausgeschlossen. Hans Krása hat sich für die lyrisch betonte musikalische Interpretation entschieden. Der Grundcharakter seiner Oper ist trotz kleiner satirischer und wichtiger Wendungen durchaus lyrisch, von den zartesten Schattierungen der Lyrik angefangen bis zum Gefühlsüberdrehung. Satztechnisch zeigt der Komponist beachtliches Können, beachtliches Geschick in der Ausnützung vor allem der rhythmischen Elemente. Aber kein Bestreben, neu und originell zu sein, geht oft so weit, daß es in der Kompliziertheit der verwendeten Mittel auf Kosten der Klarheit und Einänglichkeit des musikalischen Gesamtbildes geht. Uebertriebene Chromatik im Harmonischen, festes Umbiegen der musikalischen Phrasen und zur Manne ausartender Taktswechsel geben der Musik Krása's

das Signum nervöser Zerfahrenheit und lassen den Hörer einzelner lyrischer Blütenansätze nicht froh werden. Auch Geschlossenheit in Stil und Form fehlt der Oper, die mehr mosaikartig zusammengesetzt wirkt als einheitlich verbunden in ihrem musikalischen Szenenbau. Von der Instrumentationskunst Krása's ist zu sagen, daß sie guten Beispielen folgt, ohne persönliches Bekenntnis zu sein. Alles in allem: Eine Opernmusik, die notenbildlich-theoretisch wirksamer ist als klanglich-praktisch; keine Oper von wirklicher Bedeutung, die dem Textbuche und der Musik nach die außerordentlichen Anstrengungen rechtfertigt, die ihre Uraufführung von Sängern und Orchestermusikern forderte.

Operntisch Prof. Georg Széll hatte sich ihrer mit ebenso viel Sorgfalt wie Eifer angenommen und auch Renato Wrodo's originelle Ausstattung und Regie tat das Möglichste zu ihrem Erfolg, an dem auch die Sänginnen und Sänger (die Damen Werker, Konecni, Rindermann, Siten und Sommer sowie die Herren Högl, Masaj und Hey) ehrlichen Anteil hatten. Aber es dürfte doch nur bei dem vorerstrigen Premierenerfolg bleiben, der eine Prager Lokalangelegenheit war und den Autor sogar wiederholt vor den Vorhang rief; denn die eventuellen weiteren Wiederholungen der Oper werden erst erwägen, ob das Publikum das Wert versteht und will. E. J.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters.
Samstag, 18 Uhr: „Das Rheingold“. — Sonntag, 17 Uhr: „Die Walküre“ (A.). — Montag, 18 Uhr: „Menschen im Hotel“ (A.). — Dienstag, 8 Uhr: „Verlobung im Traum“ (A.). — Mittwoch, 18 Uhr: „Raub der Sabinerinnen“ (B.). — Donnerstag, 17 Uhr: „Diegried“ (C.). — Freitag, 18 Uhr: „Nathan der Weise“ (D.). — Samstag, 18 Uhr: „Orpheus“ (A.).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Samstag, 8 Uhr: „Ist Geraldine ein Engel?“ — Sonntag, 8 Uhr: „An jeder Ehe“ — Montag, 8 Uhr: „An jeder Ehe“ (Bankbeamten I). — Dienstag, 8 Uhr: „Komödie der Irrungen“. — Mittwoch, 8 Uhr: „Ist Geraldine ein Engel?“ — Donnerstag, 8 Uhr: „Ist Geraldine ein Engel?“ — Freitag, 8 Uhr: „Rom“ (volkstüm. Vorstellung). — Samstag, 18 Uhr: „Da stimmt was nicht!“ (Uraufführung.)

Vorläufe und Veranstaltungen

Dr. Ch. Arlosoroff, einer der hervorragendsten Führer der palästinensischen Arbeiterkassen und politischer Leiter der Palästina-Exekutive der Jewish Agency, spricht Montag, den 22. Mai, im großen Saal der Stadt-Bibliothek über „Palästina und das jüdische Volk im Jahre 1933“. Veranstalter: Poale Zion und Arbeitsgemeinschaft (soz. Zion Kartenvorverkauf: Optiker Deutsch, Truhlfär, Café Kuchermann und D. Altschul (Golezowka)).

Vereinsnachrichten

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag

Schon morgen Sonntag, ist der Tag, an dem wir unsere

Maiwanderung

durchführen und an die auch alle Prager Parteien- und Kulturorganisationen teilnehmen. Die Wanderung führt uns diesmal nach Kostonladky (über Abell-Binof), wo wir an dem Turnfest der dortigen T.S. teilnehmen. Treffpunkt aller Teilnehmer: 18 Uhr früh, Endstation der 15er und 19er in Bysoňany. Wir hoffen auf eine recht starke Beteiligung nicht unserer Mitglieder, sondern auch von den übrigen Organisationen!

Ortsgruppe Prag, Sonntag, den 21. Mai: Endstation der 17er-Elektrischen im Baumgarten Treffpunkt: 7 Uhr früh. Führer Gröger. — Pfingstwanderung: Erzgebirge, Egertal. Treffpunkt: am Samstag, den 3. Juni, 12 Uhr 30 am Wilsonbahnhof. Führer Gröger.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

Freie Vereinigung soz. Akademiker. — S. 3. II. Wochenprogramm: Sonntag, den 21. Mai, um 19 Uhr: Gruppenwanderung, Treffpunkt vor dem Wilsonbahnhof. Montag, den 22. Mai, 19 Uhr: Ausflugsfahrt; 20 Uhr: „Aktuelle Probleme des Sozialismus“, 2. Abend: Debatte über die Taktik der Sozialdemokratie. Mittwoch, den 24. Mai, 20 Uhr: Diskussionsabend mit der „Kulturo“. „Die III. Internationale“.

S. 3. — Wanderung. Sonntag nach Kostonladky. Treffpunkt um 7 Uhr Endstation der 17er-Elektrischen und 19er in Bysoňany, gemeinsam mit Atus. Musikinstrumente mitbringen.

Der Film

„Die Himmelsflotte.“

Unter dem Titel „Modrá Flotila“ läuft jetzt im Bio „Alfa“ ein italienischer Fliegerfilm, der in raffiniertester Weise sowohl den Publikumsbedürfnis nach Sensation, technischen Wundern und neuester Romantik als auch der traurigen Begeisterung für den Flugmilitarismus entgegenkommt. Die Liebes- und Intrigenhandlung dieses Films sinkt zur Nebensache herab angehängt (und „angehängt“) der vorgeführten Manöver hundert italienischer Kampfflieger, deren stупender Akrobatik man nicht froh werden kann, da sie einem doch nur zeigt, welche Gipfelpunkte die Technik bereits erklommen hat, um vorläufig nur einen deutlicheren Begriff von den immer noch nicht ganz vorstellbaren Entsetzlichkeiten eines künftigen Krieges zu geben. Leider besteht ja kein Recht zu der Annahme, daß der größere Teil des Publikums kein Staunen über die Fliegerleistungen und ihre wirklich grandiose Festhaltung durch den Film in Gedanken der Abwehr gegen Aufstufungen und Kriegszweck umsetzen würde, zumal die militärischen Hauptpartien dieses italo-faschistischen Propagandafilms geschickt mit ziviler, ja sogar „sozialer“ Fliegerarbeit gemischt sind: atemberaubend der Aufzug in die Stratosphäre, höchst spannend aber auch die Fliegerjagd in den Hochalpen, der Flugzeugkatastrophe und Fallschirm-Abprung vorangehen. Die Photographien sind im allgemeinen überzeugend, Mighelli als Regisseur weiß ununterbrochen zu kesseln; dagegen ist die Musik Montagninis ohne Bedeutung. Die schauspielerischen Leistungen überragen nirgends anständigen Durchschnitt, auch nicht im Sprachlichen, obwohl das Italienische sich naturgemäß ausgezeichnet für den Sprechfilm eignet. Das Gesangliche beschränkt sich auf nicht gerade schön gelungene Liedchen und auf die unvermeidliche „Giovinezza“, mit der die Vorführung stammer sozialistischer Diktum, faschistischer Romantik, kirchlicher Akt, patriotische Massenbegeisterung und der Abschluß mit Panzer und Krönigskrone gleichgeschaltet sind. I. S.

Die richtige Brille

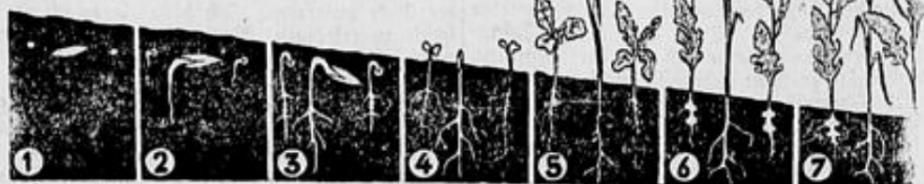
Optiker Deutsch
Prag II., Pflkopy, Palais Koruna.

Auch in der Krise muß der Landwirt rechnen!

Hederich, Ackerdistel, Klatschmohn werden in Kürze aufscheinen und einen Milliarden Schaden verursachen. Mindestens K 500.— kann jeder Landwirt pro Hektar Ackerfläche durch Unkrautvernichtung mit 20%iger Eisenvitriollösung retten. Der Kostenaufwand beträgt nur ca K 70.—, siebenmal so viel bringt er Euch ein. Es ist dies der einzig gangbare Weg bei den heutigen mißlichen Verhältnissen in der Landwirtschaft. Kleenunterstaaten werden nicht beschädigt wie bei manchen Streumitteln, wartet nicht auf den Morgentau, auch der Hederich wartet nicht.

Die Bespritzung wird zum Kinderspiel bei Benützung unserer patent. unverwüstlichen Spritzmaschine „KARTOF“, die sich nie verstopft.

So schnell entwickeln sich Hederich und Hafer. Kommt ihnen vor, bestellt rechtzeitig.



Beschaffet Euch Eisenvitriol und Spritzen zur Unkrautvernichtung. Hederich wächst rascher als der Hafer und verbraucht viermal so viel Nährstoffe. Verlangt Eisenvitriol bei euren Genossenschaften.

Schreibt um Gebrauchsanweisung an:
C. T. PETZOLD & Co., Prag II., Hávlickovo n. 3.